Nr. 444 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 85

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 10.— Mk., monatl. 40.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 40.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 7. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Betriebsräte und Transportkontrolle.

Eine Versammlung der Eisenbahner-Betriebsräte Berlins am Montagabend beschloß nach einem Bericht Dr. Kurt Rosenfelds vom Reichs-Kontrollausschuß und mehrstündiger Aussprache, sich hinter den am Sonntag veröffentlichten Aufruf der Spitzenorganisationen zu stellen. Sämtliche nach Polen bestimmten militärischen Transporte sind danach anzuhalten, dagegen die im Friedensdiktat vorgesehenen Transporte frei passieren zu lassen. Ein Antrag, alle Militär- und Kriegsmaterialtransporte ohne Unterschied anzuhalten, wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Kommunistenstreich von Erfurt.

Die Nachricht von der Vernichtung von Ententemunition durch Erfurter Eisenbahnarbeiter, die wir im Abendblatt besprachen, bestätigt sich leider. Durch Wolffs Bureau wird heute folgende amtliche Mitteilung darüber verbreitet:

Am 3. September haben Eisenbahnarbeiter auf dem Bahnhof Erfurt einen mit Munition beladenen Wagen aus einem vorschriftsmäßig angemeldeten Ententenachschubzug abgehängt, obwohl auch dieser Wagen ordnungsmäßig kenntlich gemacht war. In Verhandlungen mit den Arbeitern erreichte die Eisenbahndirektion die Zusicherung, daß der Wagen mit dem nächsten Ententezug weiterlaufen sollte. Trotzdem haben am 4. September Eisenbahnarbeiter verschiedener Dienststellen den Wagen entladen und die Munition auf freiem Felde verbrannt. Der Reichs-Verkehrsminister hat die Eisenbahndirektion telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen des Wagens und der Vernichtung der Munition beteiligten Arbeiter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu entlassen und sie außerdem der Staatsanwaltschaft zur gesetzlichen Verfolgung anzuzeigen und für den der Eisenbahnverwaltung etwa entstehenden Schaden haftbar zu machen. Beamte sind, soweit bisher festgestellt, an der Tat nicht beteiligt.

Die Anordnung des Verkehrsministers ist eine Folge des disziplinlosen Verhaltens der Arbeiter. Die Eisenbahnarbeiterschaft in Erfurt steht fast ganz unter unabhängigen und kommunistischen Einflüssen. Die Arbeiter, die trotz der Verhandlungen ihrer Kommission aus eigenem heraus zu der wilden Maßregel griffen, sind augenscheinlich das Opfer kommunistischer Phrasenhelden geworden, von denen einer erst kürzlich in einer unabhängigen Versammlung zu Erfurt erklärte, man müsse es zum Krieg mit der Entente treiben.

Wir nehmen noch immer an, daß ein Teil der beteiligten Arbeiter sich der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewußt geworden ist, daß aber sicher die Anstifter ganz offen mit der Möglichkeit rechnen, daß aus solchen eigenmächtigen Handlungen der Konflikt mit der Entente entstehen und so Deutschland zu den Krieg an der Seite Sowjetrußlands gerissen werden würde. Diese Elemente spielen mit dem Feuer und es ist nur zu begreiflich, wenn sich gegen solche unverantwortlichen Kräfte die ganze Entrüstung des deutschen Volkes wendet. Wahrscheinlich allerdings ist, daß die Entlassung und mögliche Bestrafung der beteiligten Arbeiter wiederum zu einer Generalstreikpropaganda Veranlassung geben wird. Wir hoffen aber, daß sich die Mehrheit der Arbeiter aus solchem Anlaß nicht in unbesonnene Bewegungen hineintreiben lassen wird, die schließlich mit einer Niederlage wie in Stuttgart enden müßten. Ganz anders steht es allerdings mit der Frage, ob der Reichsverkehrsminister gut beraten ist, wenn er die organisierte Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte durch die von der Reichsregierung zugestandenen gemeinsamen Kontrollkommissionen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften durch seine Erlasse verbietet. Diese Erlasse haben die unbesonnene Handlung von Erfurt nicht verhindern können. Sie machen in dieser Zeit der Gärung überhaupt nicht den Eindruck, den früher einmal die Erlasse eines Breitenbach hervorrufen konnten. Der Verkehrsminister sollte sich deshalb Glück wünschen, daß ihm bei der notwendigen Kontrolle die erfahrenen Organisationen der Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Statt dessen lehnt er diese Mithilfe nicht nur ab, sondern sucht die Gewerkschaften zu brüskieren. Die Folge ist lediglich, daß die kommunistischen unterirdischen Treiber bei den unaufgeklärteren Arbeitern desto größeren Einfluß gewinnen und die Gefahr, die durch die wilden Kontrollmaßnahmen heraufbeschworen wird, um ein Vielfaches vergrößert wird.

Auch in Tilsit ist ein Konflikt wegen der Neutralitätskontrolle zu verzeichnen, wenn man den Berichten bürgerlicher Blätter Glauben schenken darf. Dort hat die Kontrollkommission eine Sendung von 150 Pistolen angehalten, die angeblich für die Memeler Landespolizei bestimmt war. Ebenso einen für das Memeler Gebiet bestimmten Waggon Saatgetreide. Man spricht davon, daß das Memeler Gebiet wahrscheinlich zu Repressalien greifen würde, wobei eine Sperre der Milch- und Schlachtviehzufuhren in Frage käme. Augenscheinlich haben die Tilsiter Eisenbahner die Ueberzeugung, daß sowohl die Pistolen, als auch das Saatgetreide in Wirklichkeit nicht für das Memeler Gebiet bestimmt seien, vielmehr lediglich zum Verschieben an einen der Kriegführenden. Das Memeler Gebiet ist bekanntlich durch den Friedensvertrag von Deutschland abgetrennt und steht unter englischer Vormundschaft. Die Sperre der Zufuhr könnte also auch dort zu internationalen Konflikten führen. Wir hoffen aber, daß sie vermieden werden.

Der Generalstreik in Württemberg

Aus Stuttgart wird uns über den württembergischen Generalstreik geschrieben:

Der Generalstreik, der in Württemberg gegen den Steuerabzug geführt wurde, ist nach achttägiger Dauer zu Ende gegangen. Erreicht wurde lediglich, daß die Arbeiterschaft unterschriftlich den Steuerabzug anerkennen muß, den sie durch einen Generalstreik abwehren zu können glaubte! Um dieses Resultat zu erzielen, wäre diese Aktion also nicht notwendig gewesen, und schwere Schädigungen Tausender von Arbeiterfamilien hätten vermieden werden können, wenn nicht ein Teil der Arbeiterschaft in Verkennung der einfachsten Tatsachen sich durch unabhängig-kommunistische Wortathleten seit Monaten in einen Zustand der Erregung und Verärgerung hätte hineinsteigern lassen, der zu einer Entladung in irgendeiner Form führen mußte.

Die linksradikalen Drahtzieher, die mit dem Gedanken des politischen Rätesystems in Württemberg schon lange hausieren gehen und im August verschiedentlich in von ihnen „beherrschten" Betrieben solche Arbeiterratswahlen durchführten, benutzten die wegen des Steuerabzugs herrschende Mißstimmung unter der Arbeiterschaft für ihre Zwecke. In einzelnen Betrieben waren der Betriebsleitung mündlich und schriftlich tätliche Angriffe in Aussicht gestellt worden, falls sie auf der Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzuges vom Lohn verharrten. Verhandlungen zwischen Unternehmern und Betriebsräten führten zu keiner Verständigung, auch der Regierung gelang es nicht, ein anderes Ergebnis zu erzielen. Daraufhin ließ diese am 26. August die Betriebe Bosch in Stuttgart und Feuerbach, Daimler in Untertürkheim und Maschinenfabrik Eßlingen in Mettingen durch Polizeiwehr besetzen und gleichzeitig den Belegschaften mitteilen, daß die Betriebe so lange geschlossen bleiben, als die Durchführung des Steuerabzugs mit Gefahren für die Beamten des Betriebes verbunden sei.

Zweifelsohne ein bisher beispielloses Vorgehen einer Regierung Arbeitern und Steuerzahlern gegenüber, das nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Weite Arbeiterkreise erklärten ihre Solidarität mit den von Regierung und Unternehmern gleichzeitig Ausgesperrten. Sofort setzten die radikalen Drahtzieher ein. Die Arbeiter sollten den Kampf, der nach ihrer Meinung natürlich nur mittels Generalstreik zu führen war, selbst, ohne die Gewerkschaftsbonzen, führen. Man wollte, wie das in der Donnerstag-Nummer der Berliner „Roten Fahne" offen ausgesprochen wird, die „Herrschaft der politischen Arbeiterräte" mit dem Generalstreik in Württemberg einleiten.

Eine unkontrollierte Betriebsräteversammlung in Stuttgart ließ man in offener Abstimmung den Streik für das ganze Land beschließen und die Leitung einem Aktionsausschuß übertragen, der sich aus Betriebsräten und Vertretern der drei sozialistischen Parteien zusammenzusetzen habe. Ein entsprechender kommunistisch orientierter Generalstreik-Aufruf war vorbereitet, er trug auch schon die erforderlichen Parteiunterschriften, als eine Vertrauensmännerversammlung unserer Partei dazu Stellung nehmen und aussprechen konnte, daß sie es ablehne, für einen Generalstreik die Verantwortung mitzuübernehmen, an dessen Proklamierung mitzuwirken sie keine Gelegenheit und von dessen Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit im gegenwärtigen Augenblick sie auch noch nicht überzeugt sei. Dieser Widerstand erreichte, daß der Streikaufruf von dem Aktionsausschuß allein unterzeichnet wurde und die politischen Parteien nur als Beirat an dessen Sitzungen teilnahmen. Ausdrücklich erklärte unsere Vertrauensmännerversammlung ihre engste Solidarität mit den Ausgesperrten, appellierte auch an die Genossen, der Parole des Aktionsausschusses in der eingeleiteten Aktion Folge zu leisten, um diese zu einem guten Ende zu führen und die Arbeiterschaft vor größerem Schaden zu bewahren. Ihre endgültige Stellungnahme zum Streik dürfe im jetzigen Moment nicht ausschlaggebend sein.

Der Streik wurde proklamiert. Sofort zeigte sich die Unzulänglichkeit der vom Aktionsausschuß getroffenen Vorkehrungen. Eine Verbindung mit den übrigen Industrieorten des Landes fehlte fast ganz, und es dauerte verschiedene Tage, bis sie auch nur mit den wichtigeren hergestellt war. In Stuttgart selbst ließ die Durchführung des Streiks viel zu wünschen übrig; weder die Stillegung aller Betriebe gelang, noch wurde die vom Aktionsausschuß für Geschäfte und Wirtschaften festgesetzte Betriebszeit beachtet, nicht einmal in den hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Stadtvierteln und Vororten.

Unternehmer und Regierung nahmen diese Tatsachen schmunzelnd zur Kenntnis, nicht minder die weitere, daß das vom Aktionsausschuß herausgegebene Mitteilungsblatt Tag für Tag Angriffe auf die Sozialdemokratie richtete, anstatt in diesen für die Arbeiterschaft bitterernsten Stunden die Einheit und Geschlossenheit über das Parteigezänk zu stellen.

Sühnebesuch in Breslau.

Breslau, 6. September. (WTB.) Oberpräsident Zimmer hat bereits am 3. September den polnischen Konsul in Breslau aufgesucht, um ihm sein Bedauern über die Breslauer Vorgänge auszudrücken. Die Unterredung fand in durchaus verbindlicher Form statt.

Oberschlesische Willkürherrschaft.

Im Gegensatz zu einer früheren interalliierten Anordnung hat der französische Kreiskontrolleur von Gleiwitz den Amtsvorstehern für unpolitische Strafverfolgungen und Strafvollstreckungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft die Einholung seiner vorherigen Genehmigung auferlegt.

Auf polnisches Verlangen und mit Zustimmung der französischen Offiziere bis zum General Gracier hinauf mußte die neue Abstimmungspolizei Myslowitz sofort wieder verlassen. Die blaue Polizei, die als Ersatz kam, mußte gleichfalls abziehen.

In Lipine geschah dasselbe.

In Bogutschütz fand Sonntag abend eine Festlichkeit deutscher Angestellter statt. Gegen 12½ Uhr nachts drangen 40 bis 50 Polen ein und verursachten wüste Prügelszenen. Die neue Abstimmungspolizei griff nicht ein. Vielmehr hat ein polnisch sprechender Polizist die Eindringlinge erst in das Hotel hineingelassen. Die zu Hilfe gerufene französische Sicherheitswache erschien nicht.

Entgegen der Vereinbarung gehören polnische Aufstandsführer den Bürgerwehren an.

Wegen Aufbewahrung eingezogener Waffen sollte der Kattowitzer Polizeipräsident 15 000 M. Strafe zahlen. Das interalliierte Offiziersgericht hat ihn freigesprochen. Während der ganzen Verhandlung mußte er unter Bewachung stehen.

In der Prinzengrube bei Lazisk haben die Polen 18 deutsche Beamte abgesetzt und polnischen Ersatz eingestellt. Die Werkleitung hat sich auch an General Le Rond gewandt, der jedoch ablehnte, sich in „wirtschaftliche Differenzen" einzumischen. Als die Werkleitung erklärte, daß sie dann die Grube schließen müsse, erklärte Le Rond, „dann dürften Sie die Verantwortung tragen!" Der Vertreter der Werkleitung hat darauf erklärt: „Die werde ich tragen. Die Gesetze befehlen mir die Schließung der Gruben, wenn keine bergbehördlich anerkannten Beamten da sind." Auf die Frage, ob die Kommission bei der Schließung der Grube die deutschen Arbeiter schützen werde, schwieg Le Rond. Ein anwesender Italiener erklärte, daß eine Kompagnie Italiener nach Lazisk geschickt werde.

Major Ottley hat einem deutschen Vertreter selber erklärt, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. Er hat hinzugefügt, daß nach seiner Ansicht die Abstimmung nicht stattfinden könne, bevor die Waffen abgegeben sind. Unter diesen Umständen ist die Besorgnis der deutschen Bevölkerung dauernd im Steigen, zumal das Gerücht verbreitet wird, daß man in Paris mit der Absicht umgehe, die Abstimmung überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Nahrung findet dieses Gerücht z. B. in einer Mitteilung des „Dziennik Poznanski", wonach in Paris schon die Frage aufgeworfen werde, ob es nicht richtiger wäre

Oberschlesien den Polen ohne Abstimmung

zu geben.

Dieser skrupellosen Hetzerei der polnischen Presse ist die deutsche Presse Oberschlesiens deshalb nicht gewachsen, weil sie infolge der polnischen Denunziationen von willkürlichen Verboten bedroht ist; so wurde wegen einer an sich unbedeutenden Notiz, die auch in polenfreundlichen Blättern gestanden hatte, ein deutsches Organ verboten und erhielt auf seine Reklamation hin von dem zuständigen französischen Offizier lediglich zur Antwort, es genüge in solchem Falle ein Verbot, und die deutsche Zeitung könne es sich zur Ehre anrechnen, daß sie wegen ihrer größeren Verbreitung davon betroffen werde.

Die „Schlesische Zeitung" (deutschn.) ist von dem interalliierten Kreiskontrolleur im Land- und Stadtkreis Kattowitz bis auf weiteres verboten worden.

Nachdem die Unternehmer ihren Willen durchgesetzt und an Stelle des Aktionsausschusses die aus Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzte Verhandlungskommission die Beilegung der Konfliktspunkte in Angriff nahm, nahmen die Unterhandlungen zwischen Regierung und Arbeiterschaft sofort ein anderes Gesicht an. Verhältnismäßig rasch konnte eine Verständigung erzielt werden, die bei Würdigung all der hier nur kurz gestreiften Umstände als verhältnismäßig gut betrachtet werden kann. Die wichtigsten Bedingungen der getroffenen Vereinbarung sind den Vorwärtslesern inzwischen ja schon mitgeteilt worden. Für denkende Menschen können sie keine Ueberraschung bedeuten. War es doch von vornherein klar, daß eine Landesregierung nicht selbständige Anordnungen über Aenderungen bzw. Aufhebung reichsgesetzlicher Bestimmungen treffen konnte. Mehrere radikale Wortführer ließen ja auch zu Beginn des Kampfes deutlich durchblicken, daß es ihnen bei der ganzen Bewegung nicht um den Steuerabzug zu tun sei, sondern daß andere politische Ziele, eben die Propagierung des politischen Rätesystems, verfochten werden sollten. Nachdem aber der Streik nicht den von ihnen gewünschten Verlauf zu nehmen begann, die Arbeiterschaft vor allem bei aller Mißstimmung Ruhe und Ueberlegung bewahrte, ließ man die politischen Ziele wieder in den Hintergrund treten und war damit einverstanden, daß die „Bonzen" entscheidend eingriffen und die Situation für die Arbeiterschaft einigermaßen retteten. Diese Feststellungen müssen auch an dieser Stelle gemacht werden. Sie sollen den Genossen des ganzen Reiches zeigen, welcher Schaden durch das Treiben gewissenloser, überspannter Demagogen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft immer wieder angerichtet wird. Zweifellos wird der Verlauf des württembergischen Generalstreiks wegen des Steuerabzugs Gelegenheit zu ernsten Auseinandersetzungen innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen geben. Vor allem wird die Sozialdemokratische Partei nun aus ihrer seither geübten Reserve dem unabhängig-kommunistischen Treiben gegenüber heraustreten müssen und den Genossen klaren Wein einschänken.

Der Verlauf des Generalstreiks im übrigen Lande war sehr verschieden. Nach unseren Feststellungen umfaßte er außer dem Groß-Stuttgarter Industriebezirk die Orte Eßlingen, Kornwestheim, Leonberg, Ludwigsburg, Marbach, Mühlacker, Heilbronn, Neckarsulm, Backnang, Waiblingen, Gmünd, Aalen-Wasseralfingen, Heidenheim, Göppingen, Kirchheim u. T., Nürtingen, Metzingen, Reutlingen, Tübingen, Balingen, Schwenningen, Tuttlingen, die zum Teil erst am dritten und vierten Tag sich dem Streik anschlossen. Als Orte, die durch Abstimmung eine Streikteilnahme ablehnten, sind bekannt geworden Ulm (6406 gegen, 1534 für, 141 ungültig), Wangen i. A., Friedrichshafen und Schorndorf. Post und Eisenbahn waren während der ganzen Streikdauer überall im Betrieb, Gas- und Wasserwerke wurden, soweit die Belegschaften sich dem Streik angeschlossen, durch Nothelfer im Betrieb erhalten. Verschiedentliche Versuche, den Verkehr zu unterbrechen, blieben ohne Erfolg. Die Angestellten beschränkten sich auf Sympathieerklärungen, arbeiteten im übrigen jedoch weiter.

Darf man damit rechnen, daß die württembergische Arbeiterschaft aus dem Verlauf und dem Endergebnis dieses Generalstreiks die richtige Lehre zieht? Oder gelingt es den überradikalen Phraseuren in kurzer Zeit aufs neue, weiteste Kreise in Not und Elend zu stürzen?

Freie Fleischwirtschaft?

Die „Deutsche Tageszeitung", beunruhigt durch die Ablehnung der freien Fleischwirtschaft seitens der sozialistischen Parteien, versucht in einem Leitartikel die Forderung der Landwirte nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch zu rechtfertigen. Diese Frage ist auch bei der Konferenz der Ernährungsminister zur Sprache gekommen, wo der Vertreter Sachsens gegen die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung Bedenken äußerte. Die „Deutsche Tagesztg." macht sich ihre Sache nicht zu schwer. Das Fiasko der freien Fleischwirtschaft in Baden ist nach ihrer Meinung nicht Schuld der freien Wirtschaft, sondern Verschulden der Grenzbehörden, die ihre Pflicht nicht getan und große Fleischverschiebungen aus Baden, insbesondere nach dem Elsaß, nicht verhindert haben. Während sie damit zugibt, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch wenigstens eine gleichmäßige Verteilung der geringen erfaßten Vorräte herbeigeführt hat, stellt sie in demselben Atem die kühne Behauptung auf, die Zwangswirtschaft habe die Verschiebung von Lebensmitteln nach dem Ausland nicht gemindert, sondern weit eher gefördert. Die „Deutsche Tageszeitung" verweist dabei auf Unterschleife, die sich bei den Getreideschiebungen im Osten herausgestellt haben, hat aber offenbar dabei ganz vergessen, daß deutscher Hafer seinerzeit erst nach Aufhebung der Haferbewirtschaftung plötzlich an der Pariser Börse aufgetaucht ist. Ein Widerspruch ist es auch, wenn die „Deutsche Tageszeitung" meint, eine scharfe Grenzkontrolle könne Lebensmittelverschiebungen unterbinden, während in der Zwangswirtschaft die Ausführungsorgane doch genau solche Menschen sind wie die Angestellten des Reichsbevollmächtigten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr oder anderer Grenzorgane.

Das Malheur, das die freie Fleischwirtschaft in Ostpreußen gehabt hat, wird von der „D. Tagesztg." auch leicht abgetan. Sie behauptet nämlich, daß die hohen Preise, die in Ostpreußen für Fleisch gezahlt wurden, nur in den Bädern zustande kamen. Das Agrarierblatt kümmert sich auch nicht um die Meldung, wonach der Landrat des Kreises Fischhausen sämtliche Fleischereien bis zum 4. Oktober zwangsweise geschlossen und die verschärfte Zwangswirtschaft wieder eingeführt hat, sondern behauptet schlankweg, die Badegäste wären „doch wohl nicht ungünstiger eingekauft" haben, als die Berliner Hausfrauen.

Schließlich, und das ist das wertvollste Eingeständnis, gibt die „D. T." selbst zu, ohne Schwierigkeiten auch in der Preisfrage würde sich der Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft schwerlich vollziehen. Obwohl es nach den bisherigen Erfahrungen wirklich schwer fällt, an den Lieferungswillen der Landwirte bei mäßigen Preisen zu glauben, wollen wir ihre Versicherung gern hinnehmen, daß die Landwirtschaft die Preisstellung für die Hauptlebensmittel in erträglichen Grenzen zu halten bemüht sein werde. Wir wissen aber, daß diese Mühewaltung erfolglos sein wird, weil den Landwirten ebenso wie den Behörden mit Einführung der freien Wirtschaft das Preissteuer entgleitet und weil dann für alle irgendwie an der Lebensmittelproduktion und -verteilung beteiligten Stände dieselbe Wucherfreiheit herrscht, die sich z. B. im Frühjahr d. J. auf dem Obstmarkt trotz aller Wuchervorschriften durchgesetzt hat. Dann aber wird es zu spät sein.

Wir glauben nicht, daß es gelingen wird, eine gleichmäßige Belieferung der Städte mit Fleisch dann noch herbeizuführen, wenn alle Fesseln der Zwangswirtschaft gefallen sind. Wahrscheinlicher wäre das schon, wenn anstatt der willkürlichen und plötzlichen Aufhebung der Fleischbewirtschaftung eine organisierte Wirtschaft, an der Produzenten, Verbraucher und Händler unter Mitwirkung der Arbeiterschaft beteiligt sind, die bureaukratische Kriegsernährungswirtschaft ablösen würde. Wir müssen daher das Experiment, das mit Naturnotwendigkeit bei der knappen Belieferung mit Fleisch zu einem Ausschluß weiter Volksschichten vom Verbrauch frischen Fleisches führen muß, entschieden ablehnen. Kommt es gleichwohl, so bleibt es mit all seinen Folgen auf der bürgerlichen Regierung sitzen, die dem interessierten Urteil der Landwirte und gewisser Händlerkreise größeren Glauben beimißt als unwiderleglichen Tatsachen. Die bürgerlichen Parteien und ihre Regierung haben dann auch alle unangenehmen Folgen, die daraus entstehen können selbst zu tragen.

„Ortsgruppe Ehrhardt".

Wie wir der Zeitschrift „Deutsches Heer", Organ des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten" (Nr. 2 vom 25. August 1920) entnehmen, besitzt dieser Verband im Munsterlager eine Ortsgruppe, die sich „Ortsgruppe Ehrhardt" nennt. Daß sich eine Vereinigung aktiver Reichswehrangehöriger nach einem steckbrieflich verfolgten Meuterer tituliert, dürfte ein Höhepunkt sein, wie er selbst unter Geßler nicht zu den Alltäglichkeiten gehört.

Diese Ortsgruppe Ehrhardt hat sich nach dem Bericht des Verbandsblattes dadurch hervorgetan, daß sie in ihrer Mitgliederversammlung vom 14. August eine Resolution gegen die schwarz-rot-goldenen Reichsfarben faßte.

Auch sonst scheint der „Verband nationalgesinnter Soldaten" die Aufrechterhaltung der Ehrhardt-Tradition zu seinen vornehmsten Aufgaben zu rechnen, denn die Zeitschrift bringt zur Auflösung der zweiten Marinebrigade (Ehrhardt) ein Gedicht, das mit den Worten schließt:

Ein schreiben erneut auf die Fahnen
das Wort wir: „Ich hab' es gewagt."

Diese Verherrlichung und Neuankündigung der Ehrhardt-Meuterei durch einen in der Reichswehr wirkenden Verband gibt allerhand zu denken. An leitender Stelle ist man freilich mit der Ausmerzung verfassungstreuer und republikanischer Elemente aus der Reichswehr so beschäftigt, daß man für solche „Nebensächlichkeiten" keine Zeit finden wird.

Vom Steuerabzug.

Der Reichsminister der Finanzen hat die Gültigkeit des § 1b der vorläufigen Bestimmungen zum Lohnabzug vom 28. Juli 1920 über Freilassung von Durchschnittsbeträgen vom Steuerabzug verlängert bis Ende September 1920. Der § 1b der vorläufigen Bestimmungen lautet:

In Betrieben, in denen mehr als zwanzig Arbeitnehmer ständig beschäftigt sind, kann der Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung bis zum 1. September 1920 an Stelle der gemäß § 1 Abs. 1, 2 und § 2 Abs. 3 freizulassenden Beträge die folgenden Durchschnittsbeträge vom Steuerabzug freilassen:

1. Bei allen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern, die nicht dauernd von ihrer Ehefrau getrennt leben oder zu deren Haushaltung minderjährige Kinder zählen

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen ein Betrag von 12 M. für den Tag,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen ein Betrag von 75 M. für die Woche,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten ein Betrag von 300 M. für den Monat;

2. bei allen übrigen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern

a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen ein Betrag von 8 M. für den Tag,

b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen ein Betrag von 50 M. für die Woche,

c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten ein Betrag von 200 M. für den Monat.

Der zehnprozentige Abzug ist nur von dem Betrage vorzunehmen, um den der Arbeitslohn die in Abs. 1 bezeichneten Durchschnittsbeträge übersteigt.

Bayerische Ordnungs-Orgie. Wie aus dem Blatt der bayerischen Königspartei, dem „Königsboten", hervorgeht, gibt es in Bayern außer der „Orgesch" noch eine „Orka", eine „Orzentz" und eine „Orheuß". Die Namen rühren von den Geldgebern, dem Kommerzienrat Zentz, dem Millionär Heuß und dem Abgeordneten Kanzler her. Ueber die Zwecke dieser Organisationen zu reden, verlohnt sich nicht, sie gehen noch über die der Orgesch hinaus. Wie lange noch, dann werden die Arbeiter diese Ausgeburten des Orgasmus wildgewordenen Spießertums in den — Orkus befördern!

Der Stiefelputzer.

Es ist merkwürdig, was das Schicksal manchmal für Witze macht. Dazu noch moralische.

Ich komme vom Stadtbahnsteig Zoo herunter und überlege mir eben, mit welcher Straßenbahn ich weiterfahren soll. Da ruft es neben mir:

„Stiefelputzen gefällig?"

Hm. Ich hebe ein stummes Zwiegespräch mit meinen Kähnen an. Ergebnis: sie haben es nötig. Alsdann. Ich stelle meinen Fuß auf die Kiste des Mannes, der mich angerufen hat, und er legt los. Während er den Staub von den Hosen bürstet, denke ich: den Mann mußt du doch kennen! der Kopf, der Bart, die Augen — richtig! Er ist es.

Der graue, öde Kasernenflur steht mir wieder vor Augen. Stiefelappell. Vorgesetzte brüllen in Baß, Alt und Diskant. Hauptsächlich in letzterem. Die Stiefel waren für den preußischen Drillrekruten ungefähr dasselbe wie für Casanova die Weiber. Man durfte sich täglich stundenlang damit amüsieren. Jeden Tag viermal putzen und dreimal schmieren. Immer wieder den alten Speck herunterkratzen und auf neu polieren. Preußisches Stiefelleder, das den Schweiß von Generationen getrunken hatte. Da hieß es wienern. Halli und hallo! Das sei noch gar nichts, hieß es, die Friedensrekruten hätten mit Spiritus nachflimmern und die Zwecken mit Putzpomade auf Spiegelglanz bringen müssen. Immer feste Wichse druff. (In Berlin arbeitet eine Spezialabteilung des Kriegsausschusses für Oele und Fette. Heil!)

Dann der Appell. Vor mir steht der Korporalschaftsbulle, der Unteroffizier; seine Bartspitzen haben es erreicht, seine Augen sind rot unterlaufen. Er sprüht mir ins Gesicht und schreit: „Du Schwein (beliebtes Ersatzwort für „Vaterlandsverteidiger". D. Verf.), das nennst du geputzte Stiefel?! Mensch, ich . . ." Es folgt eine versteckte Anspielung auf schwere Eingriffe in meinen körperlichen Organismus. Nachputzen. Wichse druff. Halli und hallo.

Es war eine schöne Zeit, die große Zeit. Inzwischen ist sie wieder klein geworden, Wasser ist die Spree hinuntergeflossen, viel Wasser, und die Zeiten haben sich geändert. Jetzt hockt der brave Drillengel von dunnemals zu meinen Füßen und ist eben mit heißem Eifer bemüht, den Koppen meiner Schmuckzillen das non plus ultra von Feierlichkeit beizubringen. Alles für eine viermal geliebte Papiermark. Ich bin nicht einmal schadenfroh.

So ist das Leben! würde Sudermann sagen. Putzen und putzen lassen . . .

A. Z.

Eine Kundgebung des Unterrichtsministers für Einstein. Der preußische Unterrichtsminister Genosse Haenisch hat anläßlich der jüngsten Vorgänge folgenden Brief an Prof. Einstein gerichtet: Hochverehrter Herr Professor! Mit Empfindungen des Schmerzes und der Beschämung habe ich aus der Presse ersehen, daß die von Ihnen vertretene Lehre in der Oeffentlichkeit Gegenstand gehässiger, über den Rahmen sachlicher Beurteilung hinausgehender Angriffe gewesen und daß selbst Ihre wissenschaftliche Persönlichkeit von Verunglimpfungen und Verleumdungen nicht verschont geblieben ist. Eine besondere Genugtuung ist es mir, daß diesem Vorgehen gegenüber Gelehrte von anerkanntem Rufe, u. a. auch hervorragende Vertreter der Berliner Universität, sich zu Ihnen bekennen, die nichtswürdigen Angriffe gegen Ihre Person zurückweisen und daran erinnern, wie Ihre wissenschaftliche Arbeit Ihnen einen unvergänglichen Platz in der Geschichte der Wissenschaft sichert. Wo sich die Besten für Sie einsetzen, wird es Ihnen um so leichter fallen, solch häßlichem Treiben keine weitere Beachtung zu schenken. Ich darf deshalb wohl auch der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gerüchte nicht der Wahrheit entsprechen, Sie wollten jener häßlichen Angriffe wegen Berlin verlassen, das stolz darauf war und stets stolz darauf bleiben wird, Sie, hochverehrter Herr Professor, zu den Zierden seiner Wissenschaft zu zählen.

Noch einmal: „Opfer des Orients". Der Verwaltungsrat der Bagdad-Bahn-Gesellschaft schreibt uns, daß die Ausführungen in dem Aufsatze „Opfer des Orients" von Heinrich Vierbücher in der Abendausgabe vom 10. d. Mts., soweit sie von der Beschäftigung armenischer Flüchtlinge beim Bau der Bagdadbahn handeln, durchaus unzutreffend sind. Die beschäftigten Armenier waren teils freie, teils vom Waffendienst beurlaubte Arbeiter, die gern und willig bei der Bagdadbahn arbeiteten, weil sie ihnen eine gut bezahlte Beschäftigung, vollkommen ausreichende Verpflegung, ärztliche Behandlung und mehr als ortsübliche Unterkunft bot. Die Erzählungen von Hunger, Bastonade, schlechter Behandlung und Leichenträgerkolonnen gehören in das Gebiet der Fabel.

Gen. H. Vierbücher bemerkt dazu: „Mit keinem Worte habe ich die deutsche Verwaltung des Bahnbaues angeschuldigt oder anschuldigen wollen. Wenn der Verwaltungsrat indessen glaubt, die Bastonade und die übrigen angeführten Mittel türkischer „Regierungskunst" ins Reich der Fabel verweisen zu können, so habe ich in meiner vierjährigen Tätigkeit als Dolmetscher in der Türkei zu viel davon erlebt, als daß ich mir das erzählen ließe, und jeder der vielleicht 50 000 deutschen Soldaten weiß davon Bände zu berichten. Wir Deutsche waren eben viel zu schwach an Zahl, um den Scheusalen in türkischer Uniform entgegentreten zu können, und wenn die deutschen Beamten den Armeniern gegenüber auch alle Gebote der Menschlichkeit aufs beste beachtet haben, so konnten sie doch ihre Augen nicht überall haben. Wenn der Verwaltungsrat vielleicht die wahren Sterblichkeitsziffern der beim Bahnbau beschäftigten Armenier in seinem Archiv haben sollte, so wird er sicher begreifen, daß man als Menschenfreund einmal zur Feder greift, um etwas zu schildern, was man jahrelang schweigend mit sich herumschleppen mußte.

Der Wiener Theaterstreik. Da die Verhandlungen zwischen den Wiener Theaterdirektoren und dem Personal gescheitert sind, ist der Streik zunächst in vier Theatern erklärt worden: im Deutschen Volkstheater, in den Kammerspielen, dem Theater an der Wien und im Reimund-Theater. Die Schauspieler forderten 3500 Kronen monatliche Mindestgage, die Chorsänger 3050 Kronen. Erhöhungen werden zwischen 35 und 130 Proz. verlangt. Der Direktorenverband will nur 15 Proz. (bei Gagen von 5—6000 Kronen), bis 50 Proz. bei Gagen bis zu 3000 Kronen) und als Mindestgage nur 2500 Kronen bewilligen. Der Streik dürfte noch weitere Ausdehnung annehmen, da die Direktoren keinesfalls weitere Zugeständnisse machen wollen. Das Personal droht zum Teil mit der Uebernahme der Theater durch die Theaterangestellten.

Die willkürliche Geschlechtsbestimmung. Das Problem der willkürlichen Geschlechtsbestimmung hat in Laienkreisen phantastische Hoffnungen und Vorstellungen erweckt und auch in naturwissenschaftlich aufgeklärten Köpfen spukt die Vorherbestimmung des Geschlechts von Eiern und Kaninchen durch Auspendeln mit Hilfe eines Ringes unvermindert fort. Dabei sind dem exakten Naturwissenschaftler nur zwei Fälle sicherer willkürlicher Geschlechtsbestimmung bekannt, über die Dr. Köhler in der „Umschau" berichtet. Einmal handelt es sich um ein am Meeresstrand lebendes wurmähnliches Wesen von Walnußgröße mit einem ca. 20 Zentimeterlangen Rüssel. Das Männchen dieser Bonellia ist mikroskopisch klein und schmarotzt im Uterus des Weibchens, wo auch die Befruchtung der Eier stattfindet, aus denen indifferente Larven ausschlüpfen. In Verbindung mit geschlechtsreifen Weibchen konnte man aus den Larven fast ausschließlich männliche, ohne diese nur weibliche Tiere züchten. Erstaunliche Erfolge hat auch Prof. Hertwig bei Fröschen erreicht, indem er durch Trennung des begattenden Männchens von dem eiablegenden Weibchen die Eiablage unterbrach und so eine Ueberreife der Eier erzielte, aus denen er 100 Proz. Männchen züchtete. Nach diesen vielversprechenden Anfängen sind weitere Erfolge nicht bekannt geworden. Köhler ist aber der Ansicht, daß es sich auch bei wirtschaftlich wertvollen Tieren und Pflanzen lohnen würde, Versuche zur willkürlichen Geschlechtsbestimmung anzustellen.

Die große Volksoper, die inzwischen durch ihre 600 Werbestellen bereits 1 Million Anteilzeichnungen erlangt hat, bietet außer einer Anzahl billiger Plätze in der Staatsoper diesen Winter 6 große Konzerte in der Neuen Welt, 6 Opernabende im Marmorsaal sowie 5 Konzerte im Blüthnersaal mit hervorragenden Dirigenten und Kräften.

Orgelkonzerte. In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche beginnen Donnerstag 8 Uhr wieder die regelmäßigen Orgelkonzerte von Fritz Heitmann. — Im Dom veranstaltet Walter Fischer Donnerstag 8 Uhr ein Orgelkonzert. Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Das Kunstgewerbe-Museum wird vom 8. bis 30. September in seinem Lichthof eine Sonderausstellung photographischer Aufnahmen veranstalten, welche Oberlehrer K. Hielscher während des Krieges in Spanien von Bauten, Landschaften und Volkstypen gemacht hat.

Eine Hochschule für Gartenbau. Für die Umwandlung der Gärtner-Lehranstalt in Dahlem in eine Hochschule für Gartenbau tritt Dr. Th. Pietsch in der „Schlesischen Zeitung" ein. Er macht geltend, daß angesichts der Bedeutung, die der Gartenbau gerade in der heutigen Zeit für die Ernährung des deutschen Volkes und für die Ausgestaltung der Siedlungen gewonnen habe, auch die Stellung der ersten Lehranstalt des Staates auf diesem Gebiete gehoben und ihr ein geeignetes Gebäude für Lehrsäle und Sammlungen eingeräumt werden müsse.

Hans Kyser ist vom Schutzverband Deutscher Schriftsteller auf den neu geschaffenen Posten eines geschäftsführenden Direktors berufen worden.

Eine Neue Goethe-Gesellschaft gründete sich am 28. August zu Berlin. Sie will für einige Arbeiten wirken, die von der Goetheforschung nicht ernst genommen worden sind.

Erwerbslosenfürsorge — Arbeitsbeschaffung.

Von Albin Mohs.

Erschreckend steigen in neuerer Zeit die Zahlen der Erwerbslosen. Amtlich wird ihre Ziffer mit 396 000 angegeben. Leider trifft diese Zahl nicht annähernd den wirklichen Stand. Die Gesamtsumme aller Arbeitslosen dürfte weit mehr als das Doppelte ausmachen, an 800 000 herankommen. Amtlich gezählt sind nur die von der offiziellen Erwerbslosenfürsorge Unterstützten. Alle aus den verschiedensten Gründen von dieser Unterstützung Ausgeschlossenen bevölkern den Arbeitsmarkt gleichfalls, müssen also als Erwerbslose mitgezählt werden. Für Maßnahmen zur Erwerbslosenfürsorge im weiteren Sinne ist deshalb die Zahl 800 000 zugrunde zu legen.

Wer täglich mit den Erwerbslosen zu tun hat oder vielleicht selbst lange arbeitslos gewesen, kennt die Not, welche die Erwerbslosigkeit mit sich bringt, weiß, wie dringend hier Hilfe gebraucht wird. Abhilfe schaffen ist aber nicht so leicht oder einfach. Wie auf vielen anderen Gebieten, so wird auch auf diesem viel geredet, geschrieben und versprochen, aber nur wenig gehandelt. Die unter den Erwerbslosen herrschende Erregung und Bitterkeit ist daher zu begreiflich. Sie brauchen eben Taten. Es nützt ihnen nichts, wenn sie immer wieder hören: Nur Arbeit kann uns retten! Für sie in ihrer Allgemeinheit, klingt das wie bitterer Hohn, denn sie wollen ja gerade Arbeit, dabei hat es nicht viel auf sich, wenn eine kleinere Anzahl Erwerbsloser der Arbeit geflissentlich aus dem Wege geht.

Die Frage der Unterstützung Erwerbsloser kann hier unerörtert bleiben. Sie kommt erst in zweiter Linie. Vornehmste, sittlich erhebendste, volkswirtschaftlich wirksamste Erwerbslosenfürsorge ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Dieser allgemein anerkannte Grundsatz darf nicht allein als solcher betrachtet, sondern er muß jetzt mit größter Energie und Beschleunigung zur Durchführung gebracht werden. An seiner Uebertragung in die Praxis sollten sich alle Personen und Stellen sofort und tatkräftig beteiligen. Das Gegenteil tritt nur zu oft in die Erscheinung. Unter unser aller Augen mehren sich tagtäglich noch die Betriebseinschränkungen und Stillegungen. Selbst Behörden stehen hierin nicht zurück. Sie üben Sparsamkeit am unrechten Platze. Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen sogar in Parkverwaltung, Straßenreinigung, Müllbeseitigung, Bureaureinigung und dergleichen, zu einer Zeit, in der Unsauberkeit, Ungeziefer, Rattenplage, Tuberkulose und andere ansteckende Krankheiten erhöhte Ausgaben zu deren Bekämpfung notwendig machen. Solches System mag wohl bequem erscheinen, ist aber keine Ausgabenverminderung, sondern nur eine Ausgabenumstellung.

Zur Linderung und recht baldigen Beseitigung unseres wirtschaftlichen Elends müssen wir endlich aus falschen Maßnahmen, vielen Erörterungen, Unterredungen und Verhandlungen heraus zu praktischer und nutzbringender Arbeit kommen, im volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Interesse. Viel Arbeit kann sofort in Angriff genommen werden, sich zeigende Hindernisse sind keinesfalls unüberwindlich. Arbeitsgelegenheiten, wohin wir nur blicken. Mangel an Wohnungen, Hausrat, Bekleidung, Nahrungsmitteln, Umstellung unserer Krafterzeugung, Anlegung neuer Talsperren, Staubecken, Ausbau der Wasserwege, Bearbeitung von Brachland, Instandsetzung von Straßen, Parks, Anlagen, Häusern, Nutzbarmachung früherer Schießplätze, Gefangenenlager, Zerlegung von Kriegsmaterial, Tanks usw., Sammlung und Verarbeitung von Altmaterial, Eisen, Blech, Glas und anderem mehr, alles dies bietet sofortige Arbeitsgelegenheit.

Einige Beispiele hierfür herausgegriffen: Das massive Stammlager von Zossen könnte sehr gut als Siedlung ausgebaut, mehr denn 800 Wohnungen mit verhältnismäßig wenig Geld und Mühe bald hergerichtet, manche andere Arbeitsgelegenheit durch die Ansiedlung herbeigeführt werden. Gute Straßen, Parkanlagen, Kanalisation, Wasserversorgung, elektrische Beleuchtung, ungefähr 60 verschiedene Häuser, acht Kantinen, kleinere und größere Säle, alles bereits vorhanden, sogar eine Freilichtbühne. Die Verbindung mit Berlin ist günstig, in nächster Nähe des Lagers ließe sich noch eine Haltestelle der Eisenbahn anlegen, ohne daß hohe Kosten erwachsen. Das Zehrensdorfer Lager bietet gleichfalls Wohngelegenheit, eventuell könnte die Bauernschaft ihre alten Besitzungen wieder beziehen, die die Militärverwaltung seinerzeit zu einem Truppenübungsplatz umwandelte. Die weiteren in dieser Gegend, Zossen—Wünsdorf, unbenutzt liegenden Lager wären sehr leicht für die Landwirtschaft und innere Kolonisation zum Nutzen für unsere Volksernährung freizumachen.

Ein anderes Beispiel: Am Schöneberger Rathaus steht der halbfertige vierstöckige Bureaubau der Erdölgesellschaft. Aus den verschiedensten Gründen liegt er seit längerer Zeit still. Im Grundriß ein Dreieck, umfaßt er drei Straßen mit 36, 40 und 20 Fenstern Front. Bei Fertigstellung dieses Baues als Bureauhaus würden sicher 300 Wohnungen, in denen zurzeit Bureaus untergebracht sind, frei. Schneller und mit geringeren Kosten wie Barackenbauten wären hier Dauerwohnungen zu schaffen.

Ferner: In Marienfelde, gleich hinter den Daimler-Werken, zeigen sich uns über 100 Tanks, Kriegsbeute, Heeresgut, anscheinend herrenlos, Wind und Wetter, wie auch persönlichem Eigennutz ausgesetzt. Ihre schleunige Zerlegung und Nutzbarmachung hätte nicht bloß volkswirtschaftlichen Vorteil, sondern würde auch einer späteren Zertrümmerung durch die allgewaltigen Sieger vorgreifen.

Weiter: Auf vielen Lagerplätzen und Gleisanlagen in der Umgegend Berlins wie auch anderer Groß- und Kleinstädte sehen wir große und kleine Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Kipploren und ähnliches Gut von Rost und Dieben benagt. Sind diese Transportmittel wirklich nicht mehr reparaturfähig, dann müßte ihre Abmontierung doch schleunigst betrieben werden, damit alles wertvolle Material noch nutzbar gemacht werden könnte.

Alle Unternehmer klagen über Mangel an Rohmaterial. Dieser ließe sich zweifellos leichter beheben, wenn man die großen Mengen Altmaterial, die vielfach herumliegen, besser sammeln und nutzbar machen würde. Ihre Sammlung und Verarbeitung erscheint jedoch manchen Leuten nicht als genügend rentables Geschäft, und deshalb bleibt diese heute so unbedingt nötige Tätigkeit ohne gebührende Beachtung. In Straße, Haus und Wohnung, aber auch in der Familie starrt uns die Notwendigkeit von Ausbesserungsarbeiten an. Ihre Ausführung systematisch betrieben, organisch aufgebaut und nicht noch weiter verzögert, würde große Kostenersparnis und viel Befriedigung auslösen. An Heizmaterial fehlt es in diesem Winter mehr wie in früheren Jahren. Gegebenen Anregungen ist nicht in erforderlicher Weise nachgegangen worden. Von einer Umstellung der Krafterzeugung ist nichts bemerkbar. An die Herrichtung von Oefen und Anlagen zum sparsamen Kohlenverbrauch wird immer erst bei Eintritt kühler Jahreszeit gedacht. Die Beschaffung von anderen Heizstoffen wie Kohle ist ganz ungenügend, unsere Torfstiche und Braunkohlenfelder werden nicht ausgebeutet, wie die Zeitverhältnisse dies verlangen. Fundstellen nicht gleich zur Arbeitsaufnahme bereit gemacht.

Beispiele der verschiedensten Art könnten noch massenhaft gegeben werden. Ist doch bei uns an Truppenübungs- und Schießplätzen sowie ähnlichem noch heute der alte Reichtum. Reichlich sind aber auch die Klagen über den Mangel an allen Lebensnotwendigkeiten, unfertige und verfallene Häuser, reparaturbedürftige Transportmittel, unzerlegtes Heeresgut und Kriegsbeute, ungenutztes Altmaterial, ausbesserungsbedürftige Straßen, zerrissene Kleider und dergleichen mehr. Diese Tatsachen sind der Regierung vollauf bekannt. Erwägungen und Verhandlungen ziehen die positive Arbeit weiter in die Länge. Gründe hierfür werden verschiedene angegeben, sie sind bekannt. Ihnen gegenüber muß aber daran erinnert werden, daß bei allen Menschen die Geduld einmal zu Ende geht. Hungernde Massen lassen sich mit Versprechungen schlecht abspeisen. Oder soll wegen der üblichen Ressortstreitigkeiten, der altgewohnten Instanzenzüge, um die militärischen Einrichtungen für ewige Zeiten zu erhalten, liebgewordene Lebensgewohnheiten nicht aufzugeben, vielleicht gar, um an sich schon reichen Leuten das Geschäft nicht unrentabel oder nur weniger lukrativ zu machen, das Volk weiter darben? Man sagt, die Mittel fehlen. Für Unterstützungen müssen sie vorhanden sein, ohne daß dafür produktive Werte geschaffen werden. Sind doch in den letzten 1½ Jahren allein für Erwerbslosenunterstützung mehr Gelder geflossen (1½ Milliarden), wie für produktive Erwerbslosenfürsorge bzw. Baukostenzuschüsse (1,1 Milliarden), ungerechnet anderer Unterstützungen.

An brauchbaren Vorschlägen zur Abstellung der Uebel hat es nicht gemangelt. Die Regierung würde aber gut tun, Vorschläge nicht bloß an sich herankommen zu lassen, sondern aus sich selbst heraus auch solche zu bringen.

Wenn wir nicht für den Export arbeiten können, dann muß im Lande selbst für ausreichende und befriedigende Arbeitsgelegenheit gesorgt werden. Auch hier gilt der Grundsatz, wer schnell hilft, hilft doppelt. Die zur Verzweiflung treibende Langsamkeit muß endlich beseitigt werden. Vorbeugende Maßnahmen gegen die weiter zunehmende Arbeitslosigkeit sind unbedingt geboten, wenn nicht anders dem vollständigen Ruin direkt in die Hände gearbeitet werden soll. Nirgends ist der Wahrspruch angebrachter wie hier: Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen!

Groß-Berlin

Maßnahmen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit.

Wie die „P. P. N." von gutunterrichteter Seite erfahren, hat die Abteilung „Arbeitsbeschaffung" des Landesarbeitsamts Groß-Berlin in Erwägung, daß recht viel Arbeitsgelegenheit geschaffen werden kann, wenn man mit Reparaturen an Häusern und Wohnungen beginnt, einen Antrag an die Erwerbslosenfürsorge und das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gerichtet, ihr einen Fonds von zirka zehn Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, um bei diesen Arbeiten, die sofort in Angriff genommen werden sollen, ungefähr 2000 Arbeitslose in Arbeit zu bringen.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat diesem Antrage seine Zustimmung erteilt und die erforderlichen Mittel in der angegebenen Höhe bewilligt. Nach den Verordnungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird für jeden zu dieser Beschäftigung herangezogenen Arbeitslosen ein Zuschuß von 30 Mark pro Arbeitswerktag gezahlt, der Arbeitstag zu acht Stunden gerechnet. Es ist damit den Hauswirten und den Mietern Groß-Berlins eine günstige Gelegenheit geboten, notwendige Reparaturarbeiten in und an den Häusern mit diesem Zuschuß ausführen zu lassen. Allerdings stellt diese Hilfe nur einen Teil der Kosten der Reparaturen dar, und werden wohl diese Arbeiten mit Rücksicht auf Material und vorgerückte Jahreszeit nur auf die Innenarbeit beschränkt bleiben müssen. Immerhin ist es ein Anfang zu den äußerst notwendigen Innenreparaturen, nach denen sich jeder Mieter sehnt, die jedoch nach der Meinung der Hauswirte der Kosten wegen nicht in Angriff genommen werden konnten.

Die Anträge sind zu richten an die Abteilung „Arbeitsbeschaffung" des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin, Lützowufer 14, I.

*

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin beschloß in seiner gestrigen Sitzung, die wahrscheinlich seine letzte war, sich an der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu beteiligen. Es wurden

---

Das Licht der Heimat.

61 Von August Hinrichs.

„Werd der Henker fertig mit diesen vertrackten Bauernschädeln," schimpfte er. Seine Frau schob ihm einen Stuhl in den Weg und mahnte: „Christian!"

„Nun ja," sagte er, gezwungen, stehen zu bleiben, „aber das ist wirklich eine Schande. Hat ihnen irgendein Windhund wohl wieder etwas vorgesichtwaselt, nun will wahrhaftig ein halb Dutzend junge Kerle aus dem Dorf ins Hannoversche, um in die Fabriken zu laufen."

„Wenn es dich ärgert," meinte die Pastorin, „kannst du ihnen ja am Sonntag den Text lesen."

„Ach — wenn das was hülfe," sagte er. „Grad eben hab ich noch den Folkers vorgehabt." — Meta, die beide Hände voll Geschirr hatte, blieb an der Tür stehen. — „Bist du hier nicht alle Tage satt geworden? frag ich. — ja, gibt er zu. Hast du hier nicht deine Freunde, deine Verwandten, deine Nachbarn? Ja! Willst du nicht tausendmal lieber draußen deinen Acker pflügen, als in einer muffigen Fabrik hocken? Ja! Weißt du nicht, daß du dich kreuzunglücklich fühlen wirst zwischen all dem fremden Volk, dem zusammengelaufenen Pack ohne Gott und ohne Heimat? Ja — ja, ja, immer ja! Herrgott, sag ich, also laß die Pollacken allein in ihrem Schnaps verkommen und bleib hier!" Da guckt er mich groß an, nein, sagt er und läßt mich stehen! Dieser Dickschädel."

Meta blieb mit ihrem Geschirr an der Tür stehen und vergaß das Hinausbringen.

„Ist das bei den Kalkwerken, wo sie jetzt so viel Leute brauchen?" fragte die Pastorin.

„Ja, bei irgend so einer Buddelgesellschaft."

„Die verdienen dort doch eine Unmenge Geld," meinte die Pastorin und ihre langen Finger strichen nervös über die Tischdecke.

„Die Landbesitzer, ja! Und die Aktionäre. Die schwimmen in Gold. Aber dafür hat man ihnen das fremde Volk ins Dorf gebracht, meist heimatloses, hergelaufenes Pack, das säuft und rauft. Und dazwischen wollen sie unsere Dorfjungens haben — es ist eine Schande."

„Sie wollens ja nicht besser," sagte die Pastorin und wandte sich. „Meta, es ist durchaus nicht nötig, daß du hier herumstehst, tu deine Arbeit."

Mit rotem Kopf ging Meta hinaus.

Auf Gut Döhlen waren früher einmal fremde Arbeiter gewesen, eine barfüßige, bunte und schmutzige Gesellschaft. Sie stellte es sich nach des Pastors Worten so vor, als wenn Harm Folkers zwischen diese Menschen ziehen wollte. Nein, das sollte er nicht.

Weshalb wollte er fort? Nur weil er arm war und zu stolz, von seiner Liebe zu sprechen?

Sollte der Voßbauer noch höhnischer, noch überlegener, noch spöttischer lachen können? O, wie dieser Gedanke sie quälte.

Ihre Seele war angefüllt mit Bitterkeit. Ueber ihrem ganzen Leben lag der Schatten der Armut. Solange sie auf dem Gut gewesen war, hatte die Sorge sie heimlich gepeinigt, jetzt hatte sie alles abgestreift, was heimlich war. Alle Welt sollte wissen, daß sie arm war — darum trug sie ihren Kopf so stolz wie die anderen. Auch Harm Folkers war arm — so gehörten sie zusammen. Er sollte nicht denken — er sollte stolz sein wie sie — niemand sollte über ihn triumphieren, niemand, am allerwenigsten der Voßbauer. Das wars — Trotz, Stolz oder etwas ähnliches — oder Liebe zu Harm Folkers? Einerlei — er sollte nicht fliehen, nein, er sollte siegen über sie alle!

Immer tiefer quälte sie sich in diesen Gedanken hinein, immer mächtiger wurde in ihr der Wunsch, ihn zu stützen — immer mächtiger ihr Wunsch, nein, ihr Wille, ihr heiliger Wille, mit ihm zusammen zu stehen.

Am nächsten Abend erwartete sie ihn draußen.

Als er ankam, mit dem Arbeitsgerät auf der Schulter, müde von schwerer Arbeit, ging sie ihm entgegen.

„Harm," sagte sie, „der Pastor sagt, daß du fort willst in die Fabrik."

„Ja," sagte er und wagte ihr nicht ins Gesicht zu sehen.

„Warum willst du von hier weg?"

„Ich weiß es nicht."

„Doch, du weißt es sehr gut."

Wollte sie sich über ihn lustig machen? Er sah trotzig auf, aber als er in ihr Gesicht sah, das sich frei und offen zu ihm wandte, las er in ihren Augen einen heiligen und ernsten Entschluß.

„Ist es wegen meiner, Harm?"

„Meta," seine Lippen zuckten, „warum sagen Sie das?"

„Sag du zu mir, Harm. Ist es wegen meiner?"

„Ich will nicht mein Leben lang als Tagelöhner herumlaufen!"

„Lieber als Fabrikarbeiter?"

„Ja!" sagte er.

„Harm, das ist nicht wahr. Kannst du nicht eine kleine Stelle in der Heide kaufen oder pachten?"

Er sah sie vor sich stehen, jung und schön, aber in der Ferne tauchte ihm das Bild auf, wie sie im Arm des Voßbauern tanzte.

„Wenn ich fortgehe," sagte er bitter, „wen kümmert das?"

„Mich!" Sie trat dicht an ihn heran. „Hast du mir nicht geholfen, Harm? Ich will nicht, daß der Voßbauer sagt, jetzt seist du davongelaufen!"

„Meta!" schrie er auf, warf das Gerät von der Schulter und sah ihr ins Gesicht.

Sie freute sich, daß er aufbäumte.

„Wegen meinen sollst du nicht fortlaufen. Lieber will ich mit dir in die Heide ziehen und arbeiten."

Ihre schöne Gestalt stand ohne Scheu vor ihm, ihre Augen sahen ihn warm und leuchtend an, etwas Reines und Heiliges war um sie her.

Sie lächelte ihn an, fast schmerzlich, da fühlte er dunkel das ungeheure Geschenk, das sie ihm bringen wollte.

Aufschluchzend tastete er nach ihren Händen, die sie ihm entgegenstreckte.

„Meta — du willst mit — mit mir?"

„Ja Harm, ich wills!"

Einen Augenblick, als er sie umschlang, zuckte sie zurück. Blitzartig schoß ihr etwas durch den Sinn: Musik, bunte Bänder und über der Menge ein spöttisch lächelndes Gesicht — da aber tauchte ihr Blick in die guten, ehrlichen Augen vor ihr, fest legte sie die Arme um seinen Nacken und küßte ihn.

So wurde die schöne, stolze und vornehme Meta Heyen die Frau des armen Harm Folkers.

(Forts. folgt.)

über zwei Millionen Mark zur Anlegung von vier größeren Wirtschaftswegen im Grunewald bewilligt. In der Angelegenheit der Entziehung der Schankerlaubnis in den Verbandsförstereien im Grunewald stellte sich der Ausschuß auf den Standpunkt des Forstunterausschusses mit der Maßgabe, daß die Schankerlaubnis nach Verwendung der vorhandenen Vorräte nur noch bis zum 1. Oktober d. J. erteilt werde.

Die vom Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin eingesetzte Kommission hat beschlossen, dem am Mittwoch tagenden Hauptausschuß folgendes vorzuschlagen:

Alle Erwerbslosen, die Zuschläge für Angehörige erhalten und am 1. September d. J. während der zurückliegenden 6 Monate mindestens 8 Wochen volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, sollen sofort 100 M. und für jedes zuschlagsberechtigte Familienmitglied 10 M. ausgezahlt erhalten. Alleinstehende Ledige über 21 Jahre sollen 75 M. und wenn sie unter 21 Jahre alt sind, 60 M. erhalten. Ledige, die im Haushalt eines Verwandten leben und in die gemeinschaftliche Haushaltsführung aufgenommen sind, sollen die Beträge von 75 M. bezw. 60 M. als Vorschuß erhalten.

Ueber die Verteilung des event. verbleibenden Restes wird eine weitere Regelung vom Hauptausschuß getroffen werden, die alsdann vorzunehmende Auszahlung erfolgt ab 20. September d. J.

Wohnungstausch und Zwangseinquartierung.

Aus der interkommunalen Wohnungskonferenz.

Die am Montag unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Wohnungsverbandes Groß-Berlin tagende Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden und Wohnungsämter beschloß beim Wohnungsverbandsausschuß die baldige Errichtung einer Stelle für den Wohnungsaustausch nach auswärts zu beantragen, um den Wegzug von Berlin nach Möglichkeit zu erleichtern. Der Zuzug nach Berlin bleibt auch im Austauschverfahren nur auf die dringlichen Fälle beschränkt.

Es wurde ferner die amtliche Vermittlung auch im Wohnungsaustausch innerhalb Groß-Berlins für notwendig erachtet, welche sich jedoch nur auf die als dringlich anerkannten Fälle beschränken soll. Diese Vermittlung innerhalb Groß-Berlins soll aus praktischen Gründen vorübergehend bis zur definitiven Neuordnung des Wohnungswesens in der neuen Stadtgemeinde Berlin dem bestehenden Berliner Wohnungsamt übertragen werden.

Endlich beschäftigte sich die Konferenz mit der Nachprüfung der für die Zwangseinquartierung bisher befolgten Richtlinien und beschloß eine Reihe von Verbesserungen in der praktischen Handhabung der Zwangswirtschaft.

Die Gastwirte gegen die Verkürzung der Polizeistunde.

Gegen die beabsichtigte Verkürzung der Polizeistunde protestierten gestern die Groß-Berliner Gast- und Schankwirte, Saal- und Konditoreibesitzer im Wintergarten. Der Vorsitzende Paul Litfin faßte alle die Gründe zusammen, die die Gastwirte zu ihrer ablehnenden Haltung veranlassen. Durch Sachverständige sei festgestellt worden, daß durch die frühere Verkürzung der Polizeistunde eine Ersparnis an Licht nicht erzielt worden sei. Im übrigen erkenne ja auch die Regierung an, daß aus wirtschaftlichen Gründen heraus eine Verkürzung nicht erforderlich sei, sie lasse sich vor allem durch polit.sche Gründe leiten, durch Rücksicht auf die Bergarbeiter und die Entente. Man müsse der Regierung den Rücken steifen und ihr zurufen, sie möge sich nicht von der Entente beeinflussen lassen. (Lebhafter Beifall.) In Anerkennung der Schwierigkeiten, in denen sich die Regierung befinde, wollen d'e Gastwirte sich mit den durch die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 ihnen auferlegten Beschränkungen abfinden, wenigstens für dieses Jahr. Aber gegen eine weitere Verkürzung der Polizeistunde um auch nur eine Minute müßten sie sich mit aller Macht zur Wehr setzen, da das Gastwirtsgewerbe durch die neue Beschränkung völlig zugrunde gerichtet werden würde.

In der Aussprache wurden Protesterklärungen von Gastwirtsverbänden in der Provinz zur Verlesung gebracht. E'n anderer Redner trat für Steuerverweigerung als Protest gegen die reaktionären Geheimräte in den Ministerien ein, während von einem weiteren Redner angeregt wurde, alle Gastwirtschaften so lange zu schließen, bis die Regierung sich zu Entgegenkommen bereit finde.

Einstimmig wurde eine entsprechende Entschließung angenommen.

Verhetzte Jugend.

Am Sonntag abend veranstalteten die Mitglieder der „Proletarier-Jugend" und der „Freien sozialistischen Jugend" eine „Demonstration", die anscheinend durch die Lungenkraft der Teilnehmer die Berliner von der Bedeutung des „Internationalen Jugendtages", den diese Veranstaltung „würdig" abschloß, überzeugen sollte. Auch sie wurde von den jugendlichen „Politikern" beehrt. Gegen 6 Uhr kam der Zug, der etwa 15 000 Teilnehmer zählte, von denen viele noch im schulpflichtigen Alter standen, am „Vorwärts"-Gebäude vorbei. Das war der gegebene Augenblick, um vor aller Welt Zeugnis abzulegen von den gewaltigen Idealen, die diese Jugend erfüllen. Ein „Führer" pflanzte sich vor dem Hause auf und brüllte in seliger Erinnerung an den blutigen Bürgerkrieg des vorigen Jahres: „Hoch die tapfere „Vorwärts"-Besatzung!" und wiederholte diesen Ruf, so oft eine neue Gruppe vorüberzog, und gehorsam nahmen die Schäflein das Blöken ihres Leithammels auf. „Nieder mit der S. P. D.!", angstbebend vernahmen wir auch diesen Ruf. Doch die Gefahr ging noch einmal gnädig an uns vorüber. Man tat uns nichts. Der Zug ging weiter, man trieb praktische Politik, indem man die elektrische Bahn und andere Verkehrsmittel an allen Ecken zwang, ihren Verkehr einzustellen, bis die „Herren Jungens" vorüber waren. Sicher war mancher von dem „Erfolge" dieser „Demonstration" am Montag in der Schule so berauscht daß er einen recht schweren Kopf hatte.

Der Raubmord an der Privatsekretärin Severin.

Auf der Spur des Verbrechers.

Die Raubmorde auf den Landstraßen in der Umgebung Berlins, die sich in der letzten Zeit wieder in erschreckender Weise gehäuft haben, lassen darauf schließen, daß es sich um einen Verbrecher handelt, der gleich dem Massenmörder Schumann auf den Landstraßen seinen Opfern auflauert, sie niederschießt, die Leichen auf die Felder verschleppt und dann ausplündert. Das letzte Kapitalverbrechen dieser Art, der Raubmord an der 35 Jahre alten Privatsekretärin Martha Severin aus der Berliner Allee 89 zu Weißensee auf der Landstraße Melchow—Tuchen, weist auf die Spur eines Mannes, der um die Zeit des Mordes in der betreffenden Gegend von verschiedenen Zeugen gesehen worden ist und der auch andere Frauen dort bedroht hat. Diese Frauen, wahrscheinlich Pilzsucherinnen aus Berlin, haben dieses Zusammentreffen mit dem Manne in der Gegend erzählt. Da es kaum einem Zweifel unterliegt, daß der Mensch derselbe ist, der ganz in der Nähe des Tatortes gesehen wurde, werden diese Frauen unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 2000 M. dringend ersucht, sich bei dem Bezirksoberwachtmeister Lahmann in Zimmer 96a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden. Wertvolle Anhaltspunkte zu weiteren Ermittlungen gibt auch der Verbleib der der Ermordeten geraubten Gegenstände. Nach den jetzt gemachten genauen Feststellungen erbeutete der Mörder eine hellgrüne, lederne, breite, eckige Handtasche mit weißem Metallbügel, braunem Ledertragerriemen und einer besonderen Außentasche, zwei goldene Damenringe mit in Platin gefaßten Brillanten, von denen der eine zwei nicht ganz erbsengroße Brillanten und zwei kleine Rosen, der andere fünf fast erbsengroße Brillanten und mehrere kleine Splitter trägt, ein mattgoldenes Gliederarmband mit Sicherheitskettchen und eine tulasilberne Armbanduhr mit goldenem Zifferblatt. Die Uhr trägt keine Nummer, doch hat der Verkäufer im inneren Deckel das Zeichen „S. 10585" eingekratzt. Die Ermordete, die als Privatsekretärin bei einer hiesigen Biergroßhandlung beschäftigt war, besaß in Neue Mühle bei Tuchen ein Grundstück, das sie erst kürzlich für 50 000 M. verkauft hatte. Nach Abzug einer Hypothek über 20 000 M. hatte sie 30 000 M. in bar ausgezahlt erhalten. Von dieser Summe hat sie 20 000 M. auf einer Bank eingezahlt. Wo die restlichen 10 000 Mark geblieben sind, bedarf noch der Aufklärung.

Der Raubmord an dem 22 Jahre alten Dienstmädchen Ida Schulz, das bei einer Herrschaft in der Friedrichstraße beschäftigt war, und auf dem Wege von Groß-Behnitz nach Wachow ebenfalls erschossen, verschleppt und beraubt worden ist, hat noch nicht weiter aufgeklärt werden können. Für die Ermittelung des Mörders, der wahrscheinlich mit dem Mörder der Privatsekretärin Severin identisch ist, ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Die dem Mädchen geraubten Sachen sind bisher noch nirgends aufgetaucht. Wer über dieses Verbrechen irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar Berneburg im Zimmer 84 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Verhaftete Räuber.

Der Herr „Revisor" — Die neueste Ausrede!

Zu einem Raubüberfall in der Teltower Straße hatten sich drei junge Burschen im Scheunenviertel verabredet. Ein Kaufmann Hans Leschinsky lernte dort einen Matrosen Hans Hobbel und einen Arbeiter Hans Pfeiffer, die sich ebenso wie er herumtrieben, kennen, und gewann sie bald dafür, mit ihm „ein Ding zu drehen", weil alle drei sich Geld verschaffen wollten. Leschinsky kennt eine Familie in der Teltower Straße 38a durch seine Angehörigen. Er glaubte, daß dort viel zu holen sei und paßte eine Zeit ab, in der das Dienstmädchen allein zu Hause war. Während seine beiden Spießgesellen draußen Schmiere standen, führte er sich als Revisor der Beleuchtungseinrichtung ein. Zunächst untersuchte er zum Schein die Leitungen in den Wohnzimmern und im Schlafzimmer und fand hier alles in Ordnung. Dann erklärte er, auf dem Flur noch nachsehen zu müssen und hantierte weiter herum. Hier ließ ihn das Mädchen allein und ging nach der Küche. Bald folgte er der Ahnungslosen, fuhr ihr mit der Hand über das Gesicht und fiel über sie her. Das Mädchen, das einen starken Chloroformgeruch wahrzunehmen glaubte und später noch über Uebelkeit und Kopfschmerzen klagte, schrie sofort laut auf, und verfolgte den falschen Revisor, als dieser jetzt entfloh. An der Ecke der Belle-Alliance- und Yorckstraße gelang es, Leschinsky festzunehmen. Die Augustawache führte ihn dem Raubdezernat im Polizeipräsidium zu, dem er ein Geständnis ablegte. Am nächsten Tage ermittelten Beamte der Streife B auch die Spießgesellen im Scheunenviertel und nahmen sie ebenfalls fest. Auch sie gestanden und alle drei wurden gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Leschinsky war mit einer scharf geladenen Pistole bewaffnet.

Ertappte Einbrecher und Diebe versuchen es oft mit allen erdenklichen Ausreden. Eine ganz neue hat ein 19 Jahre alter Arbeiter Fritz Kanitz, der in der vorvergangenen Nacht in der Münzstraße von Beamten der Sicherheitspolizei mit einem großen Bündel angetroffen wurde. Dieses Bündel enthielt ein ganzes Federbett mit Bezug, ein Kopfkissen, Hosen u. a. m. Der Ertappte hat dies ohne Zweifel irgendwo gestohlen und war sicher auf dem Wege, die Sachen zu verschärfen. Er bestreitet das aber und will sich durchaus nicht strafbar gemacht haben. Wie er erzählt, gehört er mit noch zwölf anderen Personen beiderlei Geschlechts zu einer anarcho-kommunistischen Gemeinschaft, die zum Teil in der Mulackstraße bei einem Dr. Goldberg und zum Teil in der Kurfürstenstraße in Mariendorf wohne. Die Mitglieder der Gemeinschaft hätten sich jedes persönlichen Eigentums entäußert. Jedes Mitglied sei aber befugt, das gemeinsame Eigentum nach seinem Ermessen zu benutzen. Nur veräußern dürfe niemand etwas. Ihm habe es nun in dem Quartier in der Mulackstraße nicht mehr behagt. Deshalb habe er sich entschlossen es bei Nachtzeit zu verlassen und nach dem Mariendorfer Heim überzusiedeln. Wo sich die Quartiere befinden, will er jedoch nicht sagen. Der Bezug des Federbettes ist mit einem eingestickten „M.", ein anderer Bezug und das Kopfkissen sind E. S. gezeichnet. Die noch unbekannten Bestohlenen können sich im Zimmer 81 des Polizeipräsidiums melden.

Mißglückter Anschlag einer Räuberbande.

Am Vordereingang der im Hause Marienstraße Nr. 39 gelegenen Wohnung des Luxuspferdehändlers Specht klingelten Montag nachmittag, als sich Specht mit seiner Frau auf der Rennbahn in Karlshorst befand, ein Mann und eine Frau, die dem Dienstmädchen erklärten, daß sie Herrn Specht in einer dringenden Angelegenheit sprechen müßten.

Sie taten sehr enttäuscht, als sie hörten, daß Herr Specht mit seiner Frau ausgegangen sei. Endlich baten sie das Mädchen, daß es sie einlasse, damit sie Herrn Specht einige Zeilen hinterlassen könnten. Das Mädchen ließ sie dann auch eintreten und führte sie in das Speisezimmer. Als sie dort um Papier und Tinte baten, klingelte es an der Hintertür. Das Mädchen öffnete jetzt diese, und vor ihm stand ein fremdes Mädchen, das ihm sogleich einen heftigen Auftritt machte. Es warf dem Dienstmädchen vor, daß es mit seinem Bräutigam Verkehr unterhalte. Es verbitte sich dieses und setzte hinzu, daß ein Verkehr mit ihm nicht ohne Folgen geblieben sei. Das Dienstmädchen sagte der Fremden, daß es ihren Bräutigam gar nicht kenne und schlug die Tür zu. Als es wieder nach vorn kam, war außer dem angeblichen Ehepaar von diesem

noch ein zweiter Mann

eingelassen worden. Ehe es noch seine Verwunderung darüber hatte Ausdruck geben können, fielen alle drei über das Mädchen her, warfen ihm eine Schlinge um den Hals und versuchten es zu würgen. Die Ueberfallene fand jedoch noch Zeit, laut aufzuschreien und um Hilfe zu rufen. Sie rief: „Fritz, Fritz, komm und hilf mir!" Dieser Ruf galt ihrem Bräutigam, der zufällig bei ihr zu Besuch war und sich in der Küche versteckt gehalten hatte, als es plötzlich unerwartet an der Tür klingelte. Fritz hatte zwar nicht den Mut, seiner Braut zu Hilfe zu eilen, rannte aber hinunter und schlug dort Lärm. Die Räuber bekamen es nun mit der Angst zu tun, ließen von ihrem Opfer ab und suchten das Weite. Einer von ihnen rannte die Treppen hinauf, das angebliche Ehepaar hinunter. Auf die Hilferufe des Bräutigams war auch der im selben Hause wohnhafte Detektiv Weitzmann aufmerksam geworden. Er eilte auf den Flur und ergriff einen Mann, der an ihm vorbeistürzen wollte. Dieser war einer der Räuber,

zog jetzt seine Pistole

und setzte sie dem Detektiv auf die Brust mit den Worten: „Laß mich los oder ich schieße!" Ehe er aber dazu kam, hatte ihm der Detektiv rasch die Waffe aus der Hand geschlagen. Mit Hilfe zweier des Weges kommender Schutzleute wurde der Räuber und auch seine angebliche Ehefrau

dingfest gemacht.

Ebenso gelang es, den dritten Räuber, der sich auf dem Boden in einer Toilette eingeschlossen hatte, ausfindig zu machen und festzunehmen. Alle drei wurden dem Kriminalkommissar Lehnerdt vorgeführt, der in ihnen einen Kaufmann Walter Arhailzen, der bereits seit Monaten wegen eines großen Juwelenraubes gesucht wurde, und seine Braut, eine gewisse Rühle erkannte. Der dritte Räuber ist ein stellungsloser Bankbeamter Lambeck. Das Mädchen, das an der Hintertür geklingelt, scheint mit den Räubern nichts zu tun zu haben. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Pferdehändlers wurden dort zwei

Kurbel vorgefunden

sowie ein ganz kleines Leinwandsäckchen, das mit Aether getränkten Sand enthält, und eine Brennschere, deren Enden zu Dietrichen umgearbeitet sind.

Da die Bande außerdem auch noch eine Dreyse-Pistole mit sich führte und die Rollen auch sehr gut verteilt waren, so wäre der Anschlag auch sicher geglückt, wenn nicht das Mädchen zufällig seinen Bräutigam bei sich gehabt hätte.

Robert Hascheck, ein in der Berliner Parteibewegung bekannter braver Genosse, ist im Alter von 72 Jahren in seinem Wohnort Rosenthal nach langem schweren Leiden am Sonnabend, den 4. September, verstorben. Bereits unter dem Sozialistengesetz war Hascheck als junger Genosse für die Partei im dritten Berliner Reichstagswahlkreise tätig, den er auch auf dem Parteitag vertrat. Einige Zeit bekleidete er das Amt eines Kassierers für Groß-Berlin. Vielen Drangsalierungen der Polizei trotzbietend, ist er der Partei bis zu seinem Tode treu geblieben. Als Gemeindevertreter war er der Anwalt der arbeitenden Bevölkerung, und als solcher erwarb er sich in Rosenthal hohes Ansehen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. September, nachmittags 4½ Uhr, auf dem neuen Gemeindefriedhof in Rosenthal I statt.

Verloren wurde eine braune juchtlederne Brieftasche mit über 400 M. Bargeld, Beitragsmarken vom Zentralverband der Angestellten, sowie Funktionär-Ausweis, Ausweis der Betriebsräte-Zentrale und Mitgliedsbuch vom Zentralverband der Angestellten, lautend auf den Namen Karl Semmel, sowie zwei weitere Betriebsräte-Ausweise auf die Namen Karl Schmidt und Stolzenberg, am 4. September im Zuge Zoologischer Garten—Belleuue. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Tasche nebst Inhalt bei Karl Semmel, Berlin, Lübecker Str. 46, abzugeben.

Arbeiter- und Nahrungsfragen in Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gab gestern dem neuen Tarifvertrag der Gemeindearbeiter, der am 15. Juli mit Geltung vom 1. April in Kraft getreten ist, ihre nachträgliche Zustimmung. Die durch ihn verursachten Mehrausgaben von 1½ Millionen Mark für 1920 sollen in den Haushaltplan eingestellt werden. Zugestimmt wurde auch den vorgelegten Vereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und nichtständigen Angestellten. In der Debatte über diese drei zusammen erörterten Magistratsvorlagen klagte Jatzow (Neue Fraktion), das Betriebsrätegesetz habe die Reibungsflächen noch vermehrt. Es habe die gehoffte Steigerung der Arbeitsleistungen nicht gebracht, diese seien sogar noch geringer geworden. (Fritzsch [Soz.]: Wer soll Ihnen denn das glauben?) Kaspar (Soz.) antwortete auf diesen Herzenserguß des Arbeitgebers Jatzow: Die Reibungsflächen haben sich nicht vermehrt. Die Arbeitsleistungen haben z. B. im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes zugenommen. Herr Jatzow steht auf dem „Herr-im-Hause"-Standpunkt. Wir begrüßen das Betriebsrätegesetz. Aber wir halten es für noch nicht weitgehend genug und fordern Ausbau. Das soll Ihnen nicht gelingen, den Arbeiter in das Sklavenjoch zurückzudrängen! Auf eine Bemerkung Jatzows, daß der Tarif den gelernten Arbeiter zu wenig vor dem ungelernten bevorzuge, erwiderte Wilberg (U. Soz.), der Lohn des gelernten Arbeiters wie des ungelernten bleibe noch unter dem Existenzminimum.

Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, die Auskunft über die vom Magistrat unternommenen Schritte zur Linderung der Arbeitslosigkeit forderte, wurde von Obst (Soz.) begründet. Er stellte fest, daß der Magistrat in letzter Zeit die Arbeitslosigkeit durch Entlassungen noch verschärft hat. Die Dezernenten der einzelnen Verwaltungen scheinen eine Ehre darin zu suchen, recht viele Arbeiter entlassen zu können. Arbeitsgelegenheit ist schon noch vorhanden, wenn man nur nicht so darauf ausginge, Arbeitskräfte zu sparen. Vor allem aber muß der Magistrat durch Notstandsarbeiten die Arbeitsgelegenheit vermehren. Stadtbaurat Wagner antwortete, die Stadt lasse jetzt Arbeiten für 70 Millionen Mark ausführen, bei denen 1900 Personen beschäftigt seien. Weiter seien in Aussicht genommen Ausbesserungen der Straßen, Fortsetzung der Regulierung der Kolonnenstraße, Instandsetzung öffentlicher Gebäude, Rigolen im Kleingartengebiet, Ausbau von Dachgeschossen, Herrichtung des Spielplatzes am Priesterweg, Fortsetzung der Arbeiten am Gemeinschaftsbahnhof. Die Kosten werden sich auf noch 14 Millionen belaufen, wovon 2½ Millionen durch Reichszuschuß gedeckt werden sollen. Jatzow (Neue Fraktion) empfahl, in erster Linie die Herstellung von Wohnungen ins Auge zu fassen. Ueber einen diesbezüglichen Antrag von ihm soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden. Von den übrigen Fraktionen nahm niemand das Wort.

Eine andere Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion betraf die schlechte Beschaffenheit des Brotes und mahnte den Magistrat, auf Abhilfe zu dringen. Dr. Bendiner (Soz.) wies in der Begründung darauf hin, daß solches Brot schon zu Gesundheitsschädigungen geführt hat. Schöneberg ist in dieser Frage von Groß-Berlin abhängig, und Groß-Berlin hängt von dem guten Willen der Landwirte ab. Die aber erfüllen ihre Pflicht gegenüber den großen Städten in keiner Weise. Getreide ist auf dem Lande noch in Masse vorhanden — nur wird es im Schleichhandel vertrieben. Leider fehlen gegenüber der Mangelhaftigkeit der Ablieferungen wirksame Zwangsmittel. Ein Teil der Schuld trifft aber auch den Lebensmittelverband Groß-Berlin, dem Lässigkeit vorzuwerfen ist, und ebenso den Magistrat von Schöneberg, der auf den Verband nicht energisch genug einwirkt. Dazu kommt, daß im Lebensmittelspeicher das Mehl schlecht gelagert ist und muffig wird. Auch fehlt die Kontrolle der Bäcker über die Verwendung von Streckungsmitteln. In Vertretung des abwesenden Lebensmitteldezernenten des Magistrats antwortete Dr. Althaus, der Magistrat habe sich schon an die Reichsgetreidestelle gewendet und der Lebensmittelverband sei bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Die Mehllagerung rühmte er als vorzüglich. Lachmann (Dnat. Vp.) gab — natürlich! — der Zwangswirtschaft die Schuld. Er empfahl geringere Ausmahlung. (Zuruf: Dann hätten Sie im Februar nichts mehr zu essen!) Wer Geld gehabt hat, hatte auch zu essen. (Zurufe: Aah, Aah —!) In der weiteren Debatte antworteten diesem Redner die Unabhängigen Wilberg und Petersohn und unser Genosse Erdmann. Im Schlußwort erklärte Genosse Dr. Bendiner die Auskunft des Magistratsvertreters für durchaus unbefriedigend.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Lankwitz. 500 Gramm Roggenmehl (28), 250 Gramm gesch. Bohnen (29), 125 Gramm Reisstärke (30), 250 Gramm Milchsäurepulle (31).

Die Umformung der Sicherheitspolizei.

Auf dem am Sonntag in Berlin abgehaltenen Vertretertag des Wirtschaftsverbandes der Sicherheitspolizeibeamten (Preußischer Landesverband) wurde das Ergebnis der Beratungen der Regierungskommission über die Umformung der Sicherheitspolizei bekanntgegeben und besprochen. Nach dem von der Kommission aufgestellten Organisationsplan ist das erste Dienstjahr des Beamten lediglich der Ausbildung gewidmet. Dann tritt er als Unterwachtmeister in den Exekutivdienst, wird nach zwei Jahren Wachtmeister und nach weiteren vier Jahren Oberwachtmeister. Bis zu diesem Dienstgrade sind die Beamten auf Kündigung angestellt. Dann können sie nach bestandener Prüfung — die Kenntnisse werden in einer Polizeifachschule erworben — Hauptwachtmeister, Polizeileutnant oder Polizeikommissar werden und sind lebenslänglich angestellt. Das Bestehen einer zweiten Prüfung ermöglicht den Uebergang vom Exekutiv- zum Verwaltungsdienst. — Es wurde betont, daß nach diesem Plan für den

Aufstieg in die höheren Beamtenstellen

nicht mehr die Zahl der zurückgelegten Dienstjahre, sondern der Nachweis der Fähigkeit maßgebend ist. Der Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" sei also hierdurch anerkannt. Ob er auch in der Praxis durchgeführt werde, sei allerdings die Frage. Uebrigens sei der Organisationsplan der Kommission kein endgültiger, sondern er solle die Grundlage für weitere Verhandlungen abgeben.

Mit Rücksicht darauf, daß nach dem Abkommen von Spa die Sicherheitspolizei bis zum 22. d. M. aufgelöst und eine einheitliche Polizei eingerichtet werden muß, wurde verlangt, daß bei dieser Umformung die Existenz der bisherigen Sicherheitspolizeibeamten nicht geschädigt werde und daß die Regierung alle den Sicherheitsbeamten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen soll.

Ferner wurde die Forderung vertreten, daß Offiziere, die keine polizeilichen Fachkenntnisse haben, nicht mehr in die oberen Beamtenstellen eingestellt werden. Für die weitere

Beratung des Organisationsplans

wurde die Hinzuziehung von Fachleuten verlangt. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß die militärische Bezeichnung „Wachtmeister" beseitigt und die verschiedenen Dienstgrade bezeichnet werden mit Polizeischüler, Polizeianwärter, Polizeimeister, Polizeiobermeister, Hauptpolizeimeister.

Eine Kommission wurde eingesetzt, die alle zur Umformung vorliegenden Anträge und Forderungen bearbeiten und der Regierungskommission dieselben unterbreiten soll.

Die Vereinheitlichung der Polizei.

Am 3. September beschäftigte sich in einer besonders einberufenen Sitzung der aus Vertretern der Landjägerbeamten aller preußischen Provinzen bestehende Gesamtvorstand des Preußischen Gendarmerievereins, e. V. mit der Vereinheitlichung der Polizei. Zu der Sitzung waren außer Vertretern des Ministeriums des Innern, des Chefs der Landjägerei und der höheren Landjägerbeamten (früheren Gendarmerieoffiziere) der mit der Aufstellung des Planes der Einheitspolizei beauftragte Ministerialrat Dr. Abegg eingeladen und erschienen. Letzterer entwickelte im großen Rahmen seinen Plan und brachte dabei zum Ausdruck, daß die

besonderen Rechte der Landjägerei

auch bei einer Einbeziehung in diesen Plan bestehen bleiben sollten. Eine Zusammenfassung mit der übrigen Polizei sei nur in den höheren Dienststellen in Aussicht genommen.

Nach längerer Besprechung wurde von dem Gesamtvorstande einstimmig eine Entschließung dahin gefaßt, daß

1. eine völlige Verschmelzung der Landjägerei mit der Polizei eine gänzlich verfehlte Maßnahme darstelle, zu der die preußischen Landjägerbeamten niemals ihre Zustimmung geben könnten. Eine derartige Maßnahme könne auch nicht im Interesse des Staates liegen, weil sie eine Einrichtung beseitigen würde, die sich in jeder Beziehung bewährt habe, deren Beamte auch unter den schwierigsten Verhältnissen allezeit ihre Pflicht restlos erfüllt und sich das volle Vertrauen der Behörden und der Bevölkerung erworben und erhalten hätten.

2. Daß auch die Notwendigkeit einer Hineinbeziehung der Landjägerei in den Plan einer Einheitspolizei nicht erkennbar sei und es vielmehr vollkommen ausreichend erscheine, wenn die im Ministerium des Innern auf Grund eingehendster Beratungen bereits fertiggestellten Pläne einer Neuordnung der Landjägerei in Kraft gesetzt würden.

3. Daß aber, wenn die Hineinbeziehung trotz der schwerwiegendsten Bedenken

aus Gründen des Staatswohles

sich nicht vermeiden lasse, die Landjägerei verlangen müsse, daß sie als besondere Gruppe der Polizei bestehen bliebe, da die anders gearteten Verhältnisse auf dem Lande besondere Aufgaben mit sich brächten und Beamte erforderten, die für ihr Amt besonders vorgebildet, besonders zuverlässig und selbständig sein müßten. Namentlich müsse der besonderen Stellung der Landjägerei auch nach außen hin durch besondere Uniform und Abzeichen und durch entsprechende Einstufung in die Besoldungsgruppen Rechnung getragen werden. Auch müsse unbedingt durch Anstellung von aus der Landjägerei hervorgegangenen Regierungs- und Landjägerräten bei den Regierungen, den Oberpräsidien oder dem Ministerium des Innern für eine fachtechnische Vertretung Sorge getragen werden, wie dies auch früher seitens des Ministeriums des Innern bereits zugestanden war.

Wirtschaft

Beratungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages befaßte sich mit der Konjunkturgewinnabgabe in der Leder- und Schuhindustrie und im Anschluß daran mit dem Gesetzentwurf betreffend die Einziehung von Geldbeträgen bei Kriegsorganisationen. Am Dienstag wird der Ausschuß in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers die grundsätzlichen Fragen der Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Industrie und im Gewerbe besprechen. Hierbei wird auch ein deutschnationaler Antrag einer gründlichen Erörterung unterzogen werden, durch den die Reichsregierung ersucht werden soll, die in der Erhebung der Ausfuhrabgaben zurzeit liegende Abschnürung der industriellen Ausfuhr schleunigst zu beseitigen, um dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Der Mittwoch soll einem Antrage Ledebour über die Erwerbslosenfürsorge gewidmet sein. Man nimmt an, daß die gesamten Gegenstände einschließlich einer großen Anzahl von Petitionen spätestens am Donnerstag durchberaten sein werden. Nach der Rückkehr des Reichsernährungsministers von der Konferenz von Stresa soll dann über die Getreide- und Fleischbewirtschaftung in Verbindung mit einem Bericht des Ministers über die Ernährungskonferenz beraten werden.

Hereinziehung des Auslandskapitals.

Der Vorgang der Ueberfremdung wird von uns mit aller Aufmerksamkeit verfolgt. Es handelt sich hier um eine Erscheinung der freien Verkehrs- und Weltwirtschaft, an der nicht nur das Unternehmertum, dessen eigenes Kapital nicht ausreicht, sondern auch die Arbeiterschaft stark interessiert ist. Die Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems haben den Standpunkt vertreten, daß starke kapitalistische internationale Verknüpfungen in hohem Maße Gewähr für die Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens böten, eine Auffassung, die sich mit dem Ausbruch des Weltkrieges als falsch erwiesen hat. Und auch heute vertreten die bürgerlichen Blätter den Standpunkt, daß die fremden Kapitalisten an der Erhaltung der Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft so stark als möglich interessiert werden müssen.

Auch die Forderung, alle Schutzzölle zu beseitigen und dem Freihandel in der Welt zum Siege zu verhelfen, gründet sich auf der Erwartung, daß durch den völlig freien Handel die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Erde sich so stark verknüpfen und die Völker wirtschaftlich so stark voneinander abhängig werden, daß die Lösung von Konflikten nicht mehr mit militärischen, sondern nur noch mit friedlichen Mitteln wird erfolgen können.

Eine kapitalistische Interessengemeinschaft zwischen den Kapitalisten der ganzen Erde besteht gegenüber der Lohnarbeiterschaft auch dort, wo es zur Bildung von Arbeitgeberverbänden noch nicht gekommen ist, sie entsteht von selbst dadurch, daß die Kapitalrente sich aus der Spannung von Selbstkosten zum Verkaufs- oder Marktpreis ergibt. Und dennoch wissen wir, daß innerhalb dieser Interessengemeinschaft aller Kapitalisten die schärfsten Gegensätze sich herausbilden; denken wir nur an den Gegensatz zwischen dem Rüstungskapital, das an dem Bau von Kanonen und Panzerschiffen interessiert ist, und dem Handelskapital, das in der Weltwirtschaft arbeitet und durch den Krieg zur Vernichtung kommt.

Auslandskapital kann einem Wirtschaftsvolk zum Aufbau der eigenen Wirtschaft wohl erwünscht sein, als Mittel und Werkzeug. Aber damit begnügt sich das Kapital ja nicht, es will nicht wirtschaftlichen Zwecken dienen, ohne selbst die Macht, die Verfügungsgewalt an sich zu reißen, sich das Monopol zu schaffen, das allein die höchstmögliche Ausbeutung gestattet. Es ist also ein sehr großer Unterschied, ob Auslandskapital hereingezogen wird in ein Land mit „freier" Wirtschaft, in dem ohne weiteres die Möglichkeit gegeben ist, daß das Auslandskapital Monopole schafft, die von Ausländern geleitet werden, die auf die heimische Wirtschaft also nicht die geringste Rücksicht zu nehmen brauchen, oder ob das Auslandskapital als Mittel und Werkzeug den festorganisierten Wirtschaftszweigen aufgenommen wird.

Für den Aufbau einer organisierten Wirtschaft, und ohne diese ist Deutschland nicht lebensfähig, ist das Entstehen von ausländischen Unternehmungen eine bedeutende Erschwerung, ja vielleicht eine unüberwindliche Hemmung. Im Augenblick steht das Eindringen des holländischen Margarinetrusts im Vordergrund des Interesses durch die Gründung der deutschen Jurgenswerke A.-G. in Hamburg. Stammgesellschaft des Unternehmens ist die Anton Jurgens Vereenigde Fabriken A.-G. in Nymwegen, die besonders während des Krieges einen großen Aufschwung genommen hat. Das Kapital dieses Unternehmens beläuft sich auf 80,5 Millionen Gulden. Am Schluß des vorigen Jahres war die Gesellschaft bei 83 Gesellschaften beteiligt, und zwar bei 65 Fabriken und 18 Handelsunternehmungen. Die ersteren beschäftigen sich mit der Erzeugung von Pflanzenöl, Margarine, Seifen, Kerzen und den dazu erforderlichen Rohstoffen. Die Neugründung in Deutschland faßt nur die verschiedenen Interessen der holländischen Gesellschaft zusammen. Zu ihr gehören u. a. die Mohr-Margarinefabrik G. m. b. H. in Bahrenfeld und Altona.

An einen Zusammenschluß zu Wirtschaftsgemeinschaften aus eigener Initiative der deutschen Unternehmer in so großem Maßstab, wie die wirtschaftliche Not und die verzweifelte finanzielle Lage es erfordern, ist nicht zu denken.

Die Eigeninteressen der Unternehmer stehen so stark im Vordergrund, daß ohne Zwang den Interessen der Volksgesamtheit die gebührende Geltung nicht verschafft werden kann. Die starke Einnistung ausländischer Monopole in unseren Wirtschaftskörper führt ja auch zu einer Vernichtung der freien deutschen Wirtschaft, aber in einer Form, in der wir Sklaven ausländischer Kapitalisten werden. Dem deutschen Kapitalisten mag diese Lösung gleichgültig sein, aber nicht dem deutschen Arbeiter. Internationale wirtschaftliche Verknüpfungen der Völker und starke gegenseitige Abhängigkeit sind sicherlich eine gute Gewähr für den Weltfrieden, aber nur dann, wenn in der Wirtschaftsgestaltung und Führung nicht das Interesse von Kapitalistengruppen, sondern die Lebensinteressen der Arbeiter von ausschlaggebender Bedeutung werden. Das Eindringen des Auslandskapitals in unsere „freie" Wirtschaft birgt Gefahren in sich, die heute schon kaum mehr abzuwenden sind.

Siedlerschule. Am 1. Oktober wird in Worpswede bei Bremen ein Lehrgang in praktischer Siedlungstätigkeit beginnen. Die Siedlerschule will die Mitglieder auf Grund der Selbsthilfe zu einer Art Lagergemeinschaft zusammenschließen. Einer der Schöpfer dieser Organisation ist der Gartenarchitekt Leberecht Migge, dessen „Sonnenhof" ein Mustergarten, der ein geschlossenes Schulbeispiel für die siedlerische Selbstversorgung sein soll, eine Art Fortsetzung der Arbeitsschule Heinrich Vogelers ist; dazu kommt noch der Moorhof, ein etwa 15 Morgen großes Anwesen, das als eigentliche Siedlerschule ausgebaut werden soll.

Die Kaffeeverteuerung der letzten Zeit wird hoffentlich dadurch wieder gemildert werden, daß bis zu 500 Sack täglich wieder eingeführt werden dürfen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung. Mitgliederversammlungen! Wir verweisen die Parteigenossen auf das heutige Inserat des Bezirksverbandes betreffend die morgigen Mitgliederversammlungen.

Heute, 7. September:

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Schöneberg: 7½ Uhr bei Schlenbach, Simplonstr. 42. Vortrag über: „Volkswirtschaft". — Ortsgruppe Tempelhof: 7½ Uhr bei Bufe, Werder-Straße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße. Vortrag über: „Reichseinkommensteuer". — Ortsgruppe Osten: 7½ Uhr bei Bambe, Straßmannstr. 7. Leseabend „Erfurter Programm II. Teil". Das Programm evtl. die Erläuterungen sind mitzubringen. — Zu allen Veranstaltungen sind Gäste willkommen.

Charlottenburg. 4. Gruppe. 7½ Uhr Zahlabend bei Huber, Kaiserin-Augusta-Allee 9a.

Neukölln. 9. Abt. 7½ Uhr Versammlung, Greifs Festsäle, Hermannstraße, Ecke Schierkestraße. Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag und zur Kreisvertreter-Versammlung.

Morgen, 8. September:

25. Abt. 7½ Uhr im Königstädtischen Realgymnasium, Elisabethstraße 57/58, Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Lohmann über: „Steuerfragen".

Schöneberg. 7½ Uhr Abteilungs-Versammlungen. 1. bis 4. Abt. in der Commeniusschule, Frankenstraße. 7. und 8. Abt. im Zeichensaal, Schule Feurigstraße, neben der Feuerwache. 9. Abt. im Restaurant Burghof, Hauptstr. 85. Donnerstag, 7½ Uhr: 5. und 6. Abt. im Zeichensaal, Schule Feurigstraße, neben der Feuerwache. Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirkstag. 2. Wahl der Abteilungsvorstände. 3. Aufstellung der Kandidaten für den Kreisvorstand. 4. Wahl von Delegierten zum außerordentlichen Bezirkstag am 12. September.

Lichterfelde. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Schiller-Gymnasiums, Berliner Straße. Tagesordnung: 1. Die Reform des Erfurter Programms. Referent: Genosse Kurt Heinig. 2. Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

Stralau. 7½ Uhr Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Um 7 Uhr Vorstandssitzung bei Bollenbach.

Treptow. Zahlabend in folgenden Lokalen: Bezirk 1 bei Ebert, Grabstr. 1; Bezirk 2 bei Banke, Kiefholzstr. 9; Bezirk 3 bei Kläber, Pfeffer Straße; Bezirk 4 bei Golze; Bezirk 5 bei Schieweg, Baumschulenweg. Bezirk 6 bei Gebhardt, Baumschulenstraße, Ecke Köpenicker Landstraße; Bezirk 7 bei Hoß, Baumschulenstr. 72.

Britz. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Gemeindeschule, Bürgerstr. 23. Thema: Parteitag in Kassel. Referent: Genosse Emil Aniet.

Lichtenberg. 7½ Uhr Mitgliederversammlungen. 2. Viertel: Aula der Schule Kronprinzenstraße. Ref.: Genossin Todenhagen. 3. Viertel: Zeichensaal der Schule Holteistraße. 4. Viertel: Lokal von Potenzel, Hauptstr. 85; Mitglieder des Waisenhauses sind besonders eingeladen. 6. Viertel: Lokal von Kurkowski, Pfarrstr. 74. In allen Versammlungen Wahl der Abteilungsleitungen. Stellungnahme zum Parteitag. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag.

Reinickendorf-Ost. 7 Uhr in der Aula des Realgymnasiums, Berner Straße, außerordentl. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Neu-Organisation. 2. Neuwahlen des Vorstandes. 3. Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Bezirkstag Groß-Berlin am 12. September 1920 und evtl. Anträge zu diesem. 4. Wahl der Delegierten zur Kreisvertreterkonferenz des 20. Bezirks und Vorschläge für den Kreisvorstand. 5. Kommunalfragen. 6. Verschiedenes. Um 6 Uhr im selben Raume Funktionärsitzung, zu der die Funktionäre vollzählig und pünktlich erscheinen wollen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Reinickendorf-West. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der 5. Gemeindeschule, Auguste-Viktoria-Allee 36. Thema: Politische Lage und die Aufgaben des Parteitags zu Kassel. Referent: Genosse Täubert.

Weißensee. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Borussia-Brauerei, Berliner Allee 211. Thema: Die Aufgaben des Parteitags zu Kassel. Referent: Genosse Häusler.

Tegel. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der Gemeindeschule Treskowstraße. Thema: Parteitag in Kassel. Referent: Gen. Israel.

Hermsdorf. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Schwartz, Höhnower Str. 5. Thema: Siedlungsfragen. Referent: Genosse Burghardt, Halensee.

Karlshorst. 7½ Uhr Mitgliederversammlung. Thema: „Das neue Mieterrecht". Referent: Genosse Dr. Holz.

Oberschöneweide. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Landsturmmann". Thema: Parteitag zu Kassel. Referent: Ulrich Rauscher.

Johannisthal. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Wieland (Waldkater), Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Thema: Die internationale Lage und der Parteitag in Kassel. Referent: Genosse Dr. Jachim.

Friedrichshagen. 7½ Uhr spricht in Schröders Festsälen (früher Conrad), Friedrichstr. 132, Dr. Kestriepke über: „Rußland und die Rätediktatur".

Buchholz. Mitgliederversammlung bei Häckel, Pasewalker Straße. Vortrag des Genossen B. Voigt: „Sowjet-Rußland und wir".

Rosenthal. 7½ Uhr bei Petram, Hauptstraße, Mitgliederversammlung. Neuwahl des 1. und 2. Vorsitzenden.

Bernau. 8 Uhr im Restaurant Bellevue: Frauenleseabend.

Hohen-Neuendorf. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Marten, Berliner Str. 91. Tagesordnung: Stellungnahme zum Partei- und Bezirkstag.

•

Taubstummen-Sektion. Die Zahlabende finden am 8. und 9. September, abends 7 Uhr statt, und zwar: 1. Zahlstelle: Lothringer Str. 66, Ecke Gormannstraße, Restaurant Birkheim, am 9. September. 2. Zahlstelle: Lützowstr. 95, Ecke Potsdamer Straße, Restaurant Schneider, am 8. September. 3. Zahlstelle: Petersburger Str. 86, Restaurant Buchholz, am 9. September. 4. Zahlstelle: Alexandrinenstr. 57, Restaurant Schwinge, am 9. September. — Am 11. September in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, großer Sommernachtsball, zum Besten der Arbeitslosen, verbunden mit Verlosung von Lebensmitteln. Billetts à 2,95 M. bei den Mitgliedern erhältlich.

Blankenburg. Donnerstag, den 9. September, 7½ Uhr, im Lokal von Ecke, Dorfstr. 2: Mitgliederversammlung. Referent: Gen. Matuscheck. Thema: Steuerfragen.

Wahlkreis Friedrichshain. Elternbeiräte! Nach Konstituierung des Fraktionsvorstandes sind nunmehr sämtliche Anfragen und Anregungen an den Fraktionsvorsitzenden Genossen Neppenhagen, NO. 18, Höchstestr. 4, zu richten.

Aus aller Welt.

Spielhöllen in Bad Reichenhall. Daß das bekannte Bad Reichenhall ein bayerisches Monte Carlo geworden ist, darüber belehren uns die „Münchener Neuesten Nachrichten". Es wird darin ausgeführt, daß der Stadtrat von Reichenhall die dortigen Spielklubs entgegen den reichsgesetzlichen Vorschriften konzessioniert und dies mit der schlechten Finanzlage der Stadt begründet habe. Mittlerweile hat sich auch schon ein Schieber- und Spielerpublikum aus allen Ländern in dem Bade eingefunden. Die Bankhalter für das Roulettespiel im „Café Thalfried" hat man sich aus Spa verschrieben. Verluste bis zu 90 000 M. sind an der Tagesordnung. Auch internationale Diebe mischen sich in die Spielergesellschaft. Es gibt sechs Spielklubs in Reichenhall, von denen einer den Namen „Alpina Sportklub" führt.

Noch ein Platindiebstahl. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Landwirtschaftlichen Versuchsstation Braunschweig ein ungemein dreister Diebstahl ausgeführt. Außer den Postscheck- und Bankbüchern fiel den Dieben für etwa eine halbe Million Mark Platin in die Hände. Dieses war in einem Mauerschrank verschlossen; die Einbrecher haben den Schrank herausgerissen und ihn mit seinem Inhalt fortgeschafft.

Wegen Beleidigung der schwarzen Franzosen wurde der Inhaber der Mainzer Stereotypieanstalt Berger, Herausgeber einer Plattenkorrespondenz für kleinere Zeitungen, vom französischen Militärgericht Mainz zu drei Monaten Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe verurteilt und sofort in Haft genommen.

Sport.

Rennen zu Karlshorst. 1. Griemel-Hürdenrennen. Preis 16 000 M. 3000 Meter. 1. Berber (Grambauer). 2. Minorca (Miban). 3. Delphart (R. Müller). Ferner liefen: Sperber (4.), Rosiale, Liese, Puppi, Anemeli, Achmed (ausgebr.), Cheruskes III (gef.). Tot.: Sieg 78:10, Pl. 22, 18, 27:10. — 2. Vergleichs-Jagdrennen. Ehrenpreis und 16 000 M. 3600 Meter. 1. Galant (v. Keller). 2. Bendekreis (v. Falkenhausen). 3. Meerschaum (v. Herbetz). Ferner lief: Jasjolda (gef.). Tot.: Sieg 14:10, Pl. 11, 14:10. — 3. Brandenburger Hürdenrennen. Preis 15 000 M. 3000 Meter. 1. Geisterstunde (O. Scholz). 2. Baltasar (Stolpe). 3. Tarlatan (H. Teichmann). Ferner liefen: Moeregdem (4.), Duffa, Schokol, Narr, Medardus, Felma, Landvogt (gef.), Eisgenburg (gef.). Tot.: Sieg 87, Pl. 28, 21, 24:10. — 4. Großes Berliner Jagdrennen. Preis 110 000 M. 5000 Meter. 1. Artillerieleiner (O. Teichmann). 2. Feierabend (O. Lewicki). 3. Tantalus (v. Keller). Ferner liefen: Ebers Glorie (4.), Waldfrieden, Tivoli, Bennewar, Ratte (gef.), Marmolata (gef.), Radom (zurückgez.), Sion (zurückgez.). Tot.: Sieg 47:10, Pl. 22, 33, 49:10. — 5. Preis von Rummelsburg. Ehrenpreis und 16 000 M., 3400 Meter. 1. Brünella (Krüger). 2. Sankt Martin (Dierich). 3. Karmel (Frhr. v. Gorhem). Ferner liefen: Achmed. Toto: Sieg 21:10, Pl. 14, 20:10. — 6. Eichenhain-Jagdrennen. Preis 18 000 M. 3200 Meter. 1. Enzian (v. Keller). 2. Bimbam (Bismarck). 3. Radiola (Steffen). Ferner liefen: Fröhlich (4.), Kiefer, Provisor. Tot.: Sieg 19:10, Pl. 14, 17:10. — 7. Preis von Falkenhagen. 22 000 M. 1600 Meter. 1. Helderose (R. Fischer). 2. Don Bililou (Kaller). 3. Glatteis (Rabeck). Ferner liefen: Tanz (4.), Meier, Symbol, Rosenrot, Südtirolerin, Föhn. Tot.: Sieg 71:10, Pl. 22, 16, 15:10.

Großer Herbstpreis. Die nächsten Rennen auf der Treptower Radrennbahn finden am Sonntag 3 Uhr statt. Die Hauptnummer bildet der „Große Herbstpreis", ein Stundenrennen. Die Besetzung wird eine erstklassige, da bereits Appelhans, Lewanow, Krupkat in die Meldeliste eingetragen sind. Mit weiteren Fahrern schweben noch Unterhandlungen. Außer dem Großen Herbstpreis kommt noch ein 20-Kilometer-Dauerrennen sowie mehrere Fliegerrennen zum Austrag.

Jockey Rash wurde am Start durch die ausheilende Rute am rechten Schienbein so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000fach bewährt
Preis M. 3,- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Salome. 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Marquis v. Keith. 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater. 7 U.: Und das Licht scheinet in der Finsternis.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Frühlings Erwachen.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7½: Lysistrata (19. Abt., 8. Ab.)

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße ½8 U: Baumeister Solness.

Komödienhaus ½8: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater ½8 Uhr: Der letzte Walzer

Central-Theater Geschloss. Freitag: **Frau Bärbel.**

Deutsches Opernhaus 7 U. Der Widerspänst. Zähmung

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Der blonde Traum.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

Kl. Schauspielhaus. 7½ U.: Der Floh im Panzerhaus

Komische Oper 7½ Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus 7½ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater. 7 U.: Hollandweibchen

Neues Central-Theater 7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus 7½ U.: Die Csikosbaroness.

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Der Biberpelz

Schiller-Theat. Charl. 7½ U.: Alt-Heidelberg

Thalia-Theater 7½ U.: Hoheit die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater 7½ Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Die Internationale.

Residenz-Theater. Untergrundbahn Klosterstr. Täglich ½8 U.: **Die Freundin.** Von Hermann Sudermann. Regie: Alfred Rotter. Durieux, Toelle, Albers, Bildt, Biensfeldt, Valentin. Sonntag 4: Der Störenfried

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt und Paul Otto in:
Untreu
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Rose-Theater. 7½ Uhr: **Die Ratten.**

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8: Das gr. Eröffnungsprogramm mit dem neuen Schlager: **Knorp's sel. Witwe** und „Anschluß verpaßt", Singspiel mit Viktor Litzek. Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Circus Busch Gebäude. 3½ Sonntag 7½ Gr. Spezialität.-Vorst. Inbeid. Vorst. 1 Kind frei!

Walhalla Theater a. Rosenthaler Pl.
Saison-Beginn: Donnerstag, den 16. Sept. Gastspiel **Wilhelm Hartstein** m. s. erstkl. Gesellschaft und das große Programm! Sonntags 2 Vorstellungen.

Eintritt frei.
Adi-Haus Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käthe Blank, Hans Brückner, Elena Scholz, Walter Pintus, Emmi Direiße, Hans Mathes, Hella Bella
Adolf Lieban Adi Liebans Meisterquart.
Erstkl. Küche, ff. Weine Mocca, Tee, Schokolade
Begin 7 Uhr.
Eintritt frei.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 6½: Götz von Berlichingen.

Lessing-Theater. Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin** (Leopoldine Konstantin, Kurt Götz, A. Haase).

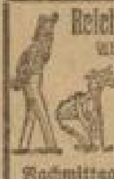
Deutsches Künstler-Theater Allabendlich ½8 Uhr: **Die Scheidungsreise** mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Apollo- 7½ Theater 7½ Dir. James Klein.
Herbst-Sensations- Eröffnungsprogramm
Gastspiel d. internat. preisgekr. **Meister-Detektivs Hannussen** m. sein. einz. dastch. Experim. u. Vorführ.
5 Carras d. best. Akrob. d. Welt
Tegethoff Schwed. Illusionist m. eleger Darbietung
Madame Lauré d. tollkühne Schöne.

Schall und Rauch Im großen Schauspielhaus Eh. Friedrichstr. Tel. Nord 8043 Dir. Hans v. Wolzogen. Das gr. September-Progr. mit **Kulissen d. Seele** v. Nik. Nikolajew. Evreinoff. Hauptroll.: Hermann Thimig, Rob. Forster-Larrinaga. A. Flügel: Kpmstr. Spoliansk. Känz. Vorv. A. Wertheim Beg. 7¼ u. Tageek. v. 11-1. 8½

Behrenstr. 54.
Sonntags: 2 Vorstell. Nm. 3½ U.: Kleine Preise.

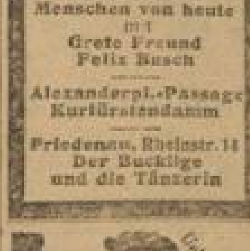
Theater a. Kottbus. Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Abends 7½ und Sonntag nachm. 3 U.: **Elite-Sänger.** Neues Programm!


Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 **Stettiner Sänger** Nachmittags halbe Preise.

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: **Varieté-Spielplan** Rauchen gestattet!

Admirals-Palast 7½ Uhr: D. lust. Puppe

B T L
Potsdamer Str. 38 Schwarzwaldmädel außerdem das Lustspiel Die Berliner Range 3. Streich.
Turmstr. 12 Menschen von heute mit Grete Freund Felix Busch
Alexanderpl.-Passage Kurfürstendamm
Friedenau, Rheinstr. 14 Der Bucklige und die Tänzerin



Feuriger Süßwein
Santa Lucia
Depot: Bergstr. 24. Nord. 6822.

Die höchsten Preise für Kupfer, Messing, Rotguß usw. spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie
Adalbertstraße 4 u. Prinzenstraße 101.

(Glou)
Berliner **Konzerthaus**
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90-91
Wieder-Eröffnung
Donnerstag, d. 9. Septbr., abends 7 Uhr
Gesellschafts-Abend
2 Orchester **2 Orchester**

Luna-Park
Heute **Volkstag**
Eintritt 1,50 M. Kinder 0,75 M.
Groß. Feuerwerk
Die berühmt. Niagaras auf dem 100 Fuß hohen Turmseil um 7 u. 8½ Uhr ohne Extra-Entree.

Möbel-Kredit erhält jeder bei **Möbel-Groß** Große Frankfurter Straße 141, Invalidenstraße 5.

Metalle, Weißlager, Zinn, Quecksilber kaufen laufend
Kösliner Straße 6
Schulzendorf. Str. 2.

Möbel liefert zu herabgesetzten **Preisen auf Teilzahlung** mit kleiner **Anzahlung.**
Bürg. Wohnungseinricht. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Tätowierung entfernt sicher, oft genügt eine Sitzung. C. Weissert, kosmet. Institut. Invalidenstraße 147. Sprechst. 10—12 und 4—6 Uhr.

Brillanten
Bruch: **Gold, Silber, Platin und Zahngebisse** zu höchsten Preisen
Heller & Eisenberg G. m. b. H.
Berlin C 19, Seydelstr. 6
Ztr. 1517. — a. Spittelmarkt

Aus der

Betriebsräte-Versammlung
der
Waschfrauen Berlins
wird gemeldet:

Auf der Betriebsräte-Versammlung der Waschfrauen soll es heiß hergegangen sein. Die allgemeine Unzufriedenheit unter den Waschfrauen, hervorgerufen durch die vorhandenen schlechten Waschmittel, machte sich in erregten Worten der Referentinnen Luft. Radikale Elemente schlugen sofortigen Streik aller Waschfrauen vor. Bei der Diskussion über diesen Punkt wäre es beinahe zur Prügelei gekommen, da eine Vertreterin der Hausfrauen und einige Waschfrauen gegen einen sofortigen Waschfrauenstreik waren. Es dauerte einige Zeit, bis sich die Gemüter beruhigt hatten. Eine Vertreterin der gemäßigteren Abteilung des „Waschfrauenverbandes" erklärte, das Mittel gefunden zu haben, um eine friedliche Einigung zwischen Wasch- und Hausfrauen zu ermöglichen. Lautlos folgte jeder der Anwesenden ihren Ausführungen. Einige der wichtigsten Punkte ihrer Rede waren folgende:

„. . . . . und so schlage ich vor, das famose neue Borazil-Waschpulver allgemein in den Betrieb einzuführen." Nachdem man sich in der anschließenden Diskussion über das neue Borazil-Waschpulver unterhalten hatte, insbesonders über seine große Reinigungskraft (als besonders bemerkenswert wurde noch hervorgehoben, daß das neue Borazilwaschpulver weder Hände noch die Wäsche angreife), wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung der Betriebsräte der Waschfrauen beschließt:

Nachdem durch das Bekanntwerden des neuen Borazilwaschpulvers ein Streik der Waschfrauen nicht nötig wurde, wird ab heute beschlossen: „Jede Waschfrau hat sich einzig und allein des Borazils zu bedienen. Ferner ist jede Waschabeit verboten, wenn die Hausfrau nicht Borazil anwenden will. Wird eine Wäscherin dabei betroffen, ihre Wäsche ohne Borazil zu waschen, wird dieselbe aus dem „Waschfrauenverband" ausgestoßen."

Nach Absingung der „Waschfrauenhymne" trennte sich die Versammlung.

Nachdem dieser drohende Streik einzig und allein durch das Borazil vermieden wurde, ist es Pflicht jeder Hausfrau, nur noch Borazil zu verwenden. Es ist in fast allen Drogen-, Seifen- und Kolonialwarengeschäften zu haben.

Die Fabrikanten sind:

Krisch Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 68.

Lilia Shampoo
die ideale Haarwäsche von anregender Wirkung auf Haare und Kopfhaut.
— Einzig in Qualität —
In einschl. Geschäften zu haben.
Joh. Röthel, Seifen- u. Parfümeriefabrik, Augsburg
Vertreter: Adolf Buschkötter, Treptow, Bouchéstr. 16.

Schlafzimmer eichenes, mit 1,50 m breitem Schrank mit Spiegel kompl. 4500,—, eichenes Speisezimmer mit 6 Polsterstühlen 4250,—, eichenes Herrenzimmer mit großer dreiteiliger Bibliothek 4950,—, Gobelingarnitur 4000,—, Küchen 650. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert, Lothringer Str. 54, am Rosenthaler Platz.

Gesundung durch **Sauerstoff**
ein durchaus natürliches, völlig unschädliches Heilverfahren, ohne jede Berufsstörung bei Nerven- u. Stoffwechselkrankheiten jeder Art, wie Gicht, Rheuma, Aderverkalkung, Magen- u. Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Schwächezuständen, Herzleiden, sowie Lungen- u. Halsleiden. — Verlangen Sie kostenfrei ausführl. Broschüre.
Sanitätsrat Dr. Weises Heilanstalt, leit. Arzt Dr. Dahn, Berlin 117, Potsdamer Str. 109b Spr. 10-1, 3-5.

Armeepistolen 08 Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kauft und zahlt höchste Preise
W. Nelke, Berlin SW, Kommandantenstr. 58

Unsere
Eigelb-Margarine
bräunt, schmeckt und duftet beim Braten genau wie feinste Butter und spritzt nicht. Man achte aber auf die Umhüllung, daß sie bezeichnet ist mit
Mohr & Co. G. m. b. H., Altona-Ottensen

Leser des „Vorwärts"
nehmt bei allen Einkäufen, Bestellungen usw. Bezug auf die betreffende Anzeige im „Vorwärts"!

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7). Glänz. Erfolge! Beobachtg. Telf. Königst. 3593.

Verkaufen Sie nichts, bevor sie unser Gebot hören
Brillanten, Perlen, Edelsteine
allerhöchste Preise. 101/15*
Bruch-Platin bis 150 M., -Gold bis 32 M., -Silber bis 1,20 M.
Wollsohn & Neumann, Unter den Linden 14 II. 9 bis 5.

Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen von Fabrikanten u. Händlern
Bader & Bauer, Berlin, Neanderstraße 15. Mpl. 667
Größere Posten freie Abholung.

Rauchtabak
frisch eingetroffen, paketiert und banderolliert, per Pfd. 18.—, 23.—, 25.—, 26.50, 28,50, 30.—
Zigarren
Äußerst billige Preise: 42.—, 54.—, 60.—, 65.— bis 95.—
Fritz A. Ziegler
Berlin Großhandlung Berlin
Kochstraße 30. Uhland 4553.
Beste Einkaufsstelle für Gewerkschaften und Kantinen.

Altmetalle, Zinn
Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufsstellen
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48

Zinn u. Blei sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74. Telephon: Moritzplatz 9953

Zinn, rein, bis **35 M.** Quecks., Bierschlang., Gold-, Silberbruch, Altmetall, allerhöchste Preise Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17, Moritzpl.

Zurückgekehrt 1681b
Dr. med. Völker Spezialarzt für Haut- und Harnleiden
Belle-Alliance-Platz 17. 4-6.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Ecke Kochstr.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe. C. 19, Seydelstr. 5 (Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Unauffällig erhält ergraut. Haar die früher. Naturfarbe wieder d. Reichels Regenerator. Dunkelt allmähl. u. ist unverwaschbar. 7.50 u. 12 M. Otto Reichel, Berlin 43, 50, Eisenbahnstraße 4.

Wollen Sie gut und billig **rauchen?** Dann bestellen Sie Mustersendung in Ia Zigarren, Zigaretten u. Tabak. Beste Bezugsquelle für Wirte u. Wiederverkäufer.
J. M. Heinkel Bruchsal (Baden) Tabakfabrikate.

An- und Verkauf von Waffen aller Art!
Julius Heßmer, W. 8, Markgrafenstr. 31.

Verschenkt
10000 Präzisions-**Rasierapparate**
versilbert, mit gebogener Klinge werden ohne Berechnung für Reklamezwecke verschenkt, bei Bestellung von 10 Stück Ia Stahlklingen, für jeden Apparat passend, à 1,20 zusammen 1680b
M. 12.—
Nachnahme M. 1.50 mehr.
Otto Huxhold BERLIN **Belle-Alliancepl. 12.**
Geschäftszeit v. 8—7 Uhr.

100 000 Kilo Strohpappe, 100 000 „weißbelichteStroh„ werden sofort ab Lager verkauft. W. Krümmel, 18/11 Berlin W 30, Speyerer Str. 21.

Von der **Reise** zurück
Dr. Gräfenberg Frauenarzt
Kurfürstendamm 24

Kinderarzt Dr. Kassel Schönhaus. All. 124 zurückgek.

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Unser Wald
Ein Volksbuch von **Curt Grottewitz**
Herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**
Preis geb. Mk. 9.—

Stellengesuche

Reinemachefrauen Waschfrauen, Aufwärterinnen mit guten Empfehlungen. Zu erfragen im **Arbeitsnachweis der Stadt Berlin,** Gitschiner Straße 1, Lützow 9738, Belle-Alliance-Platz 5, Moritzpl. 1469, Friedrichstr. 110—112, Norden 2186, Rückerstr. 9, Norden 3795, Koppenstr. 1, Alexander 2230, Paulstr. 1, Moabit 9434, Jägerstraße 11, Zentrum 6696 114/7

Stellenangebote

Die Stelle des
Bürgermeisters
der rund 8000 Einwohner zählenden Stadt
Friedland in Mecklenburg
ist sofort neu zu besetzen.
Gehalt: Gruppe XI nach staatlichen Grundsätzen, dazu die Einnahmen aus den mit der Stelle organisch verbundenen Aemtern.
Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Anrechnung bisheriger Dienstjahre bleibt vorbehalten.
Nur durchaus tüchtige und energische Bewerber wollen ihre Meldungen mit ausführlichem Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. Oktober 1920 an den Unterzeichneten einsenden. Persönliche Vorstellung ist vorläufig nicht erwünscht. 899D*
Friedland i. Meckl., den 1. September 1920.
Dahm, Stadtverordneten-Vorsteher.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Stettin
sucht zum sofortigen Antritt einen
1. Geschäftsführer
mit Verwaltung und Agitation vertraut. Mindestens 5 Jahr Verbandsmitglied. Auf dem Boden der Stuttgarter Verbands-Generalversammlungsbeschlüsse stehend.
Angestellt wird nur eine 1. Kraft.
Bevorzugt werden solche Kollegen, welche angeführten Posten bereits bekleidet haben.
Gehalt nach der auf der Stuttgarter Generalversammlung beschlossenen Lohnskala.
Gesuche unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit Niederschrift sowie die Aufgaben eines 1. Geschäftsführers sind bis 10. September mit der Aufschrift „Bewerbung" an
R. Frank, Stettin, Gustav-Adolf-Str. 9
zu richten. 129/1

„Kommunismus als Abgangsmittel."

Eine Stimme aus dem Hintergrunde.

Die große Auseinandersetzung um Moskau in der Unabhängigen Partei wird jetzt von der Reichskonferenz in die Bezirks- und Ortsorganisationen verlegt. Vor den Berliner Funktionären haben Crispien und Däumig ihren Zweikampf fortsetzen müssen. Nach den beiden Referaten ist dann beschlossen worden, am nächsten Donnerstag die Debatte fortzuspinnen. Die Berliner Funktionäre zollten Däumig besonders lebhaften Beifall, als er erklärte, daß er, das Mitglied des Reichstages, noch genau so Antiparlamentarier wäre, als er es je gewesen. Sein Kampf gehe dahin, dem Parlamentarismus so schnell wie möglich das Genick zu brechen. „Sagt den Genossen", rief Däumig den Funktionären zu, „daß sie nicht aus Gefühl zur Dritten Internationale kommen sollen, daß sie sich ganz anders umstellen müssen, persönlich und organisatorisch. Sagen Sie ihnen, daß es dann vorbei ist mit dem geruhsamen Hindösen in der Partei, dem Beitragszahlen und Flugblattverbreiten!"

Die meisten Unabhängigen werden allerdings mit Freuden sich der Moskauer Internationale anschließen und allen Bedingungen unterwerfen, wenn es dann vorbei sein soll mit Beitragszahlen und Flugblattverbreiten. Rosa Luxemburg hat ja schon vor dem Kriege erklärt, daß die größte Stoßkraft nicht bei den pflichtbewußten Beitragszahlern, sondern bei den unorganisierten Massen liege. Däumig stellt das jetzt als Ideal der neuen Internationale auf und er wird sicher alle bereit finden, ihm zu folgen, die nicht gern Beiträge zahlen, aber desto lauter mit Redensarten umzugehen wissen.

Die „Freiheit" berichtet von der Auseinandersetzung in der Generalversammlung in der U. S. P. Groß-Leipzigs. Dort haben einige Delegierte starke Angriffe gegen die „Leipziger Volkszeitung" gerichtet, die nur noch ein Abklatsch der „Freiheit" und deren Schreibweise von den rechtssozialistischen Blättern nicht mehr zu unterscheiden sei. Ein Beschluß wurde auch in Leipzig noch nicht gefaßt; er soll erst erfolgen, nachdem in allen Bezirken und Ortsvereinen die Frage diskutiert und dann in einer großen Mitgliederversammlung Crispien und Däumig ihren Ringkampf vorgeführt haben. Die „Freiheit" glaubt jedoch aus dem Verlauf der Versammlung schließen zu dürfen, daß die große Mehrheit der Delegierten auf dem Standpunkt des „Unannehmbar" gegenüber den Moskauer Bedingungen stehe.

Was die Führer in schönen Artikeln und schönen Reden über die Moskauer Bedingungen sagen, mag sehr lehrreich sein. Für die Außenwelt ist aber wichtiger, welches Echo diese Darlegungen bei der Masse der unabhängigen Mitglieder hervorruft. Einen Beleg dafür liefert die „Freiheit" in gleicher Nummer. Sie sieht sich genötigt, eine Zuschrift des Herrn Karl Schröter aus Kalbberge abzudrucken, der glaubt, „im Sinne der übergroßen Anhänger der U. S. P." sagen zu können, daß sie sich kolossal enttäuscht sehen in der Erwartung, von den aus Moskau zurückkehrenden Führern eine zufriedenstellende Botschaft zu erhalten. Er ist besonders enttäuscht über die „Worte der einzelnen Führer, die jetzt ihre Wut gegen den Bolschewismus loslassen". Dagegen ist er höchst zufrieden mit Däumig, der jeden Kotau vor Moskau machen will. Doch lassen wir Herrn Schröter einmal selbst reden:

„Hinweisen möchte ich auf den letzten Kampf, in welchem das deutsche Proletariat eng zusammengeschlossen gegen die Kappisten kämpfte und unser Ziel, die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats, oder besser gesagt Entfachung des Brandes zur Weltrevolution, leicht erreichbar war.

Wenn dort die Genossen Crispien, Dittmann und Hilferding an der Arbeit gewesen wären und hätten sich nicht vor der Reaktion in ein Versteck verkrochen, sondern hätten der Arbeiterschaft den richtigen Weg gezeigt, so wäre es heute nicht nötig, einen Selbstmord zu verüben, um der 3. Internationale angehören zu können.

Mit der Kritik gegen Genossen Hilferding und Crispien will ich es für heute genug sein lassen, aber ich kann nicht umhin, den Worten des Genossen Wilhelm Dittmann scharf entgegenzutreten. Wenn er in seinem Artikel die Not und das Elend der deutschen Auswanderer in einem solch verabscheuenden Ton erläutert, so möchte ich ihm entgegenhalten, doch mit der Wahrheit gegenüber den russischen Zuständen etwas genauer umzugehen. Wenn Crispien und Hilferding in ihren Artikeln schon versuchten, uns von der Sowjetregierung Rußlands abzuschrecken, so unterstützt nicht nur Dittmann diese Worte, sondern geht noch weit darüber hinaus. Wenn von der deutschen Reaktion der deutschen Arbeiterschaft der russische Bolschewismus schon schwarz an die Wand gemalt wird, so geht Dittmann über diese weit hinaus und versucht den deutschen Arbeitern den russischen Kommunismus als Abgangsmittel einzugeben.

Genosse Dittmann, glaube nur nicht, daß nur du allein Erfahrung von den Zuständen in der Sowjetregierung Rußlands gemacht hast, sondern auch andere sind in der Lage, dieselben besser schildern zu können, welche in erster Linie einen ehrlichen Charakter besitzen. . . .

Hinweg mit allen, die uns in der Entwicklung zur internationalen Verbrüderung behindern."

Vielleicht wird mancher der unabhängigen Führer, die ihre ganze Agitation gegen die alte Sozialdemokratie mit dem „Verrat" bestritten haben, den die Sozialdemokraten an der Arbeiterklasse verübt hätten, doch ein wenig angst und bange, wenn sie die Schreibübungen solcher „Klassenkämpfer" wie Schröter lesen oder gar ähnliche Reden über sich ergehen lassen müssen. Es ist wirklich zum Weinen, wenn man bedenkt, daß das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung im ganzen abhängig sein soll von der Zustimmung oder Ablehnung von Leuten, die eine so große politische Unkenntnis mit einer so großen Anmaßung verbinden wie dieser Herr Schröter.

Die alte Sozialdemokratie allerdings verzichtet weder auf das Beitragzahlen noch auf das Flugblattverbreiten noch auf das Lernen. Sie hält nach wie vor es für die größte Aufgabe der Arbeiterschaft, ihre Zahl zu verbinden mit einem immer steigenden Maß des Wissens und der Erkenntnis. Das letztere allerdings ist etwas, von dem sehr viele Unabhängigen und Kommunisten nichts wissen mögen. Deswegen fürchten sie, um mit Schröter zu reden, daß ihnen der „russische Kommunismus als Abgangsmittel eingegeben" werden möge.

Bonar Law unnachgiebig.

Paris, 6. September. Wie „Journal" aus London meldet, hat Bonar Law dem Generalsekretär der Gewerkschaften, der von der Regierung die Freilassung des Bürgermeisters von Cork verlangt hat, mitgeteilt, die Freilassung sei unmöglich, **die Gerechtigkeit müsse ihren Lauf nehmen.**

Bonar Law führte aus, der Bürgermeister sei der Führer der sog. irischen republikanischen Armee gewesen, die erklärte, den Krieg gegen die Streitmacht der Krone zu führen. Schriftstücke, die sein Hetzen zum Aufruhr bestätigten, hätten zu seiner Verurteilung geführt. Er hätte einfach erschossen werden müssen, aber man habe schon mildernde Umstände walten lassen und ihm sogar alle Vorzugsrechte eines politischen Gefangenen eingeräumt. Er habe sich von Anfang an geweigert, Nahrung zu sich zu nehmen, und scheinbar geglaubt, so in Freiheit gesetzt zu werden. Wenn man aber einen Gefangenen wie ihn in Freiheit setzen würde, einen Aufrührer, der als Führer einer Bewegung gelte, die als hauptsächlichste Mittel Mord und Gewalt gebrauchte, dann sei das ein Verrat an den loyalen Offizieren, die sich pflichtbewußt für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt hätten. Es sei sicher, daß sein Zustand, den er aus vollkommen freiem Willen verursachte, viel Sympathie hervorrufe. Aber die Lage der Familien der ermordeten irischen Polizeibeamten sei ebenso bedauernswert. Die Politik der Regierung in dieser Angelegenheit sei vom ersten Augenblick an klar und eindeutig gewesen, und wenn der Oberbürgermeister im Gefängnis sterbe, treffe ein Teil der Verantwortung diejenigen, die durch wiederholtes Ersuchen um Gnade die Ueberzeugung ermöglichten, daß die Regierung von ihren Beschlüssen abgehen würde.

Lloyd George hat von Luzern aus erklärt, daß er sich nicht in den Lauf der Gerechtigkeit mischen könne.

Der Zustand des Bürgermeisters ist so schlecht, daß er keinen Laut mehr von sich geben kann. Sonntag wurden ihm zum zweiten Male die Sterbesakramente gereicht. Man glaubt nicht, daß er den Montag überleben wird.

Bewaffnete Sinnfeiner zerstörten im Telephonamt von Cork die drahtlosen und telegraphischen Einrichtungen. Gerichtsgebäude und Polizeiwache in Mount Malich (?) wurden eingeäschert.
und Polizeiwache in Mount Malich (?) wurden eingeäschert.
Etwa 1000 Sinnfeiner brannten das Gerichtsgebäude und die Polizeikaserne in Mount Mellick nieder. Der Küstenschutzposten von Fanad Head ist von bewaffneten und mit Bomben versehenen Banden überfallen worden. Nach zweistündigem Kampfe wurde der Posten überwältigt und der Waffen und Ausrüstung beraubt. Nach einer anderen Meldung hat eine Gruppe von Sinnfeinern, die englische Militäruniformen getragen haben sollen, die Kasernenanlagen von Belleek genommen und in Brand gesteckt. Die amerikanischen Freunde Irlands haben ihre Versicherungen bei den britischen Gesellschaften als Protestmaßnahme gekündigt und auf amerikanische Unternehmungen übertragen. Am Freitag sind angeblich in New York auf diese Weise für 7 Millionen Policen übertragen worden.

Polen, Litauen, Wrangel.

Königsberg i. Pr., 6. September. (WTB.) Oertliche Kampfhandlungen zwischen Litauern und Polen in der Nähe von Suwalki dauern an. An der polnischen Nordfront und im Zentrum geringe Kampftätigkeit, nordöstlich von Brest-Litowsk, am Bug, südlich Woldawa und südöstlich Cholm, in Galizien Kämpfe.

In Abwehr des polnischen Vormarsches scheinen litauische Truppen über die vom Obersten Rat gezogene Grenze Polens vorgedrungen zu sein; ein befristetes **polnisches Ultimatum** fordert ihre schleunigste Zurückziehung. Infolge dieses Beinahe-Kriegszustandes reist die polnische Abordnung zu Schiff nach Riga.

Litauen lehnt ab!

Die litauische Antwortnote an Polen lehnt die Zurückziehung der litauischen Truppen ab, und zwar aus folgenden Gründen:

1. die freiwillige Abtretung eines schon in der Gewalt des litauischen Staates befindlichen Territoriums wäre eine Verletzung der Neutralität gegenüber Rußland. 2. die litauische Regierung erachtet es für unmöglich, ein Gebiet, das sie als umstritten zu Litauen gehörig betrachtet, einer fremden Okkupation zu überlassen. Die in Ihrem Telegramm vom 2. September bezeichnete Grenzlinie ist unter ganz besonderen Bedingungen, ohne Teilnahme der litauischen Regierung und ohne deren Zustimmung bestimmt und niemals von ihr anerkannt worden. Die litauische Regierung, die von versöhnlichem Geiste bewegt ist und wünscht, Konflikte zwischen den litauischen und polnischen Truppen zu vermeiden, hatte in ihrer Note vom 27. August der polnischen Regierung vorgeschlagen, eine Demarkationslinie festzulegen; die Polen aber beantworteten weder die Note, noch beendigten sie die in Kowno angefangenen Verhandlungen. Sie haben vielmehr litauische Truppen bei Augustowo **angegriffen sie zurückgedrängt** und sind tief in litauisches Gebiet **eingedrungen.** Die litauische Heeresleitung wurde gezwungen, diesen Einfall **zurückzuweisen.** Da die litauische Regierung weiteres Blutvergießen aufzuhalten wünscht und Polen den Beweis ihrer friedlichen und freundlichen Politik ihm gegenüber geben möchte, schlägt sie vor, die Feindseligkeiten **sofort einzustellen** und Delegierte, die mit den nötigen Vollmachten versehen sind, zu entsenden, um eine **Demarkationslinie** zu bestimmen. Die Delegierten können sich in Mariampol treffen.

Nach Feststellung einer Demarkationslinie wäre die litauische Regierung sofort bereit, in Verhandlungen zur Lösung aller strittigen Fragen einzutreten. Die litauische Regierung nimmt als Basis dieser Verhandlungen die schon kürzlich auf der Konferenz von Riga von den litauischen Delegierten bestimmten Punkte an.

•

Nach einer Londoner Meldung dehnt sich die litauische Offensive auf breiter Front zwischen Grodno und Suwalki aus. Die litauischen Truppen haben die Curzonlinie ohne vorherige Kriegserklärung überschritten und eine polnische Kavalleriedivision angegriffen, wobei sie sehr viel Material erbeuteten.

In einem polnischen Funkspruch an den Völkerbund wird alle Schuld Litauen zugeschoben und ein Vertragsabschluß Litauens mit Moskau gegen Polen behauptet.

Dem Abtransport der internierten Russen durch den Korridor soll Polen zugestimmt haben. Begleitung: 4 Proz. Reichswehr mit Pistolen.

Die Posener Bewegung gegen Kongreßpolen soll darauf zurückgehen, daß den Posener Polenführern die jetzige Warschauer Regierung nicht genug deutschlandfeindlich ist. Andererseits verkündet die Moskauer „Prawda", daß die Sowjet-Regierung in Turkestan nicht genug bolschewistisch sei, was vielleicht einen russischen Einmarsch rechtfertigen soll.

Laut „Daily Telegraph" soll Wrangel Odessa genommen haben. Nach Warschau hat er eine Abordnung zur Vereinbarung gemeinsamen Vorgehens geschickt.

Die „N. Westpr. Mitt." berichten zu der Hinrichtung des Studenten Fritz Bäcker: Bäcker hatte sich vor einiger Zeit zum Besuche seiner Eltern nach Graudenz begeben. Vor seiner Abreise übergab ihm einer seiner Freunde einen geschlossenen Brief mit der Bitte, denselben der deutschen Postverwaltung zur Weiterbeförderung zu übergeben. Bäcker nahm den Brief an sich, ohne sich von dessen Inhalt überzeugt zu haben. An der Grenze wurde Bäcker untersucht, wobei man den Brief fand. Bäcker wurde dem Militärgericht wegen Spionageverdachts zugeführt. . . .

An den Graudenzer Anschlagsäulen sieht man Anschläge in polnischer Sprache, auf denen die Namen von 39 Deutschen, die wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse **hingerichtet** wurden, verzeichnet sind.

Der als Führer der „deutschen Arbeitsgemeinschaft" in Graudenz bekannte Rechtsanwalt Partikel ist wieder mit verschiedenen anderen Deutschen in strenger Haft. Als Grund wird angegeben, Partikel habe mit den Bolschewisten in Fühlung gestanden und danach gestrebt, **falls die Russen Graudenz besetzen sollten, Bürgermeister dieser Stadt zu werden.**

Warnung vor Auswanderung nach Rußland!

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die sich nicht nur auf einzelne Orte und Bezirke, sondern über das ganze Reich erstreckt, läßt es begreiflich erscheinen, daß deutsche Arbeiter nach Betätigungsmöglichkeiten außerhalb der deutschen Grenzen Umschau halten und den Entschluß fassen, auszuwandern, um der Not und dem Elend der Arbeitslosigkeit zu entfliehen.

Als das Land der Sehnsucht, in dem sie Lohn und Brot zu finden hoffen, wird von vielen Arbeitern Rußland betrachtet. Ganz besonders sind es politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die, geleitet von ihrer Sympathie für Sowjet-Rußland, sich dieses Land wählen, in der Hoffnung, dort das zu finden, was ihnen in ihrer Heimat versagt ist: durch eigener Hände Arbeit sich die Möglichkeit zum Leben und eine Existenz für ihre Familie zu schaffen. Zugleich leitet sie aber der Wunsch, ihren Gesinnungs- und Klassengenossen in Rußland am wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes behilflich zu sein.

Dieses Sehnen deutscher Arbeiter nach Arbeit und Existenz und ihre Sympathie für Sowjet-Rußland wird von gewissen Elementen auszubeuten versucht, indem sie aus selbstsüchtigen und eigennützigen Motiven Auswanderer-Organisationen ins Leben rufen und die Not der Auswanderungslustigen noch dadurch ausbeuten, daß sie diese zum Eintritt in diese Organisationen verleiten und Beiträge von ihnen erheben. Das geschieht mit der Vorspiegelung, daß ihnen dadurch die Auswanderung und die Schaffung einer Existenz in Rußland erleichtert wird.

Wir halten es für unsere Pflicht, die Arbeiter vor diesen falschen Freunden und ihren Organisationen, auch wenn sie diesen einen noch so sympathisch klingenden und auf Täuschung berechneten Namen geben, zu warnen.

Eine Auswanderung nach Rußland kann zurzeit gar nicht in Frage kommen. Selbst von russischen Vertretern ist schon wiederholt sehr eindringlich vor Einwanderung in Rußland gewarnt worden. Denn noch hat sich die russische Arbeiterrepublik gegen die kapitalistischen Feinde fast der ganzen Welt zu wehren, so daß es ihr gar nicht möglich ist, ihren wirtschaftlichen Aufbau zu fördern; ausländischer Arbeitskräfte bedarf sie also nicht. Dazu kommen die Ernährungsschwierigkeiten infolge des Krieges.

Erst dann, wenn Rußland vor diesen Feinden Ruhe haben wird, wird es sich der friedlichen Arbeit, dem Aufbau seiner Wirtschaft widmen können. Dann aber wird auch die Zeit gekommen sein, wo die russische Regierung selbst Arbeitskräfte fordern wird und wo die Auswanderung nach Rußland organisiert werden kann. Dazu wird es aber keiner privaten Organisationen bedürfen, sondern diese Organisierung wird von der russischen Regierung selbst mit Hilfe der deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen vorgenommen werden können.

Wer sich also vor Enttäuschungen bewahren will, der gehe jetzt nicht nach Rußland, sondern warte, bis die Zeit dazu gekommen ist. **Darum warnen wir die Arbeiter noch einmal eindringlichst vor allen privaten Auswanderungs-Organisationen, welchen Namen sie auch immer tragen mögen, denn sie dienen nur der Spekulation und der Gewinnsucht ihrer Gründer.**

Die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
G. Sabath.

Die italienische „Sozialisierung".

Mailand, 6. September. (W.T.B.) Die Metallarbeiter haben beschlossen, die Beschlüsse der Industriellen bis zum 10. d. Mts. abzuwarten. Alsdann soll eventuell die Besetzung der Fabriken in ganz Italien erfolgen. Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Die Regierung verhält sich neutral. In den besetzten Fabriken wird militärische Verteidigung organisiert. Der „Avanti" fordert die Soldaten auf, keinesfalls auf diese Verteidiger zu schießen.

Die Fehljustiz. Im Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beschäftigte man sich bei der Beratung des Justizetats vornehmlich mit der infolge der steigenden Kriminalität ungeheuer gewachsenen Arbeitsüberbürdung der staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Behörden, und beriet über die Mittel zu ihrer Abhilfe, die natürlich ihre Begrenzung finden in der schlechten Finanzlage des Staates. Von sozialdemokratischer Seite wurden viele Urteile, die im Verlaufe der Märzunruhen — auch von ordentlichen Gerichten — gefällt worden sind, als Fehlurteile bezeichnet, und die Hoffnung ausgesprochen, daß das Amnestiegesetz in durchaus versöhnlicher Weise gehandhabt wird. Zu einem von sozialdemokratischer Seite vorgebrachten Fall, daß ein Breslauer Richter **zwangsweise die Eidesleistung nach der religiösen Formel durchsetzte,** versprach der Minister Untersuchung und Einschreiten.

Das Reichswehr-Hakenkreuz. In Bad Cranz Ostpreußen) erschien vor einiger Zeit am Strande die Kampfwagengruppe Waldau, tollte dort unter erheblicher Beunruhigung der Kurgäste herum und badete dann in einem Einheitskostüm, bestehend aus weißem Badetrikot mit großem, an der Brust aufgenähtem Hakenkreuz. Da ein Photograph die Gesellschaft in verschiedenen Gruppen aufgenommen hat, so sind wir in der Lage, Herrn Geßler, falls er es wünscht, den Hakenkreuzkult seiner Untergebenen jederzeit an der Hand bildlicher Darstellungen zu beweisen.

Rassereines Nowdytum. Der Kyffhäuserbund der Vereine deutscher Studenten (V. d. St.) hat beschlossen, Juden und jüdischen Verbindungen keine Genugtuung mit Waffe mehr zu geben. — Das Umgekehrte hätte man als „jüdische Feigheit" bezeichnet.

Von einer Reise im besetzten Gebiet, die zu Besprechungen zwischen dem Reichsschatzminister Raumer, dem Präsidenten Tirard von der Rheinlandkommission und dem General Degoutte führte, erwartet man eine Milderung der unerträglichen örtlichen Besatzungslasten.

Nur keine positive Arbeit! Die Saarbrückener Unabhängigen haben mit 136 gegen 11 Stimmen bei 7 Enthaltungen den Eisenbahnersekretär Thamerus ausgeschlossen, weil er die Wahl zum Stadtrat durch die liberal-demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit angenommen hat. Drei U.-S.-P.-Stadtverordnete, die dabei mitgetan hatten, verfielen dem gleichen Los.

Völkerbund gegen Paßwirtschaft. Am 5. Oktober soll ein vom Völkerbund einberufener Ausschuß, in dem auch wir besiegten Staaten 2. Klasse vertreten sind, über die Abschaffung des Paßunwesens und die Herstellung normaler Reiseverhältnisse beraten. — Vielleicht hat man sich überzeugt, daß der Bolschewismus auch ohne Paß über die Grenzen kommt.

Die deutsch-italienische Ernährungskonferenz in Strefa hat am Montag begonnen. England und Frankreich sind gleichfalls vertreten.

Wiedergutmachung. Wegen der Verhaftung der deutschen Ueberleitungskommissare in Schwetz hat das Auswärtige Amt die Bestrafung der schuldigen Beamten verlangt. Ueber die Verhaftung des Ueberleitungskommissars in Thorn liegt eine amtliche Meldung noch nicht vor.

Arbeiterräte in der Tschechoslowakei. Nachdem das Berg- und Hüttenrevier von Kladno, der Hauptsitz der tschechischen Kommunisten, vorangegangen ist, wird jetzt auch in Brünn ein Bezirksarbeiterrat gewählt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Hamburger Fischerstreik.

Einer Meldung der „Dena“ zufolge hat der Magistrat der Stadt Altona am Sonnabend die technische Nothilfe aufgefordert, mehrere zurückgekehrte schwerbeladene Fischdampfer zu entladen. Die technische Nothilfe kam der Aufforderung nach und die Arbeit nahm einen guten Fortgang. Wie verlautet, schweben zurzeit Erwägungen, ob nicht das Entladen von heimgekehrten Fischdampfern als lebenswichtiger Betrieb anzusehen sei, da durch das Liegenbleiben der Ladungen täglich viele tausend Zentner von Fischen, die für die Ernährung der Bevölkerung unbedingt notwendig sind, dem Verderben ausgesetzt werden.

Terror oder christliche Nächstenliebe?

Vom Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin, erhalten wir folgende Zuschrift: Auf dem Magerviehhof in Friedrichsfelde bei Berlin sind die Viehtreiber im Christlichen Nahrungs- und Genußmittelindustrie-Arbeiterverband organisiert. Am 1. September d. J. wurden trotz des städtischen paritätischen Arbeitsnachweises für Treiber Aushilfstreiber bei dem christlichen Gewerkschaftssekretär bestellt.

Davon hörten auch arbeitslose Treiber vom Nachweis und gingen nach Friedrichsfelde hinaus. Als dieselben ungefähr eine Stunde gearbeitet hatten, kamen in Arbeit stehende christliche Treiber vom Berliner Vieh- und Schlachthof, welche verkürzt arbeiten, aber ihren vollen Wochenlohn erhalten, und sprachen mit dem christlichen Betriebsrat. Darauf wurde den Arbeitslosen eröffnet, daß sie weiter arbeiten könnten, wenn sie sich der christlichen Gewerkschaft anschließen. Dieses Anerbieten lehnten die Arbeitslosen ab. Hierauf erklärte der christliche Betriebsrat, daß sie mit freigewerkschaftlich Organisierten nicht zusammen arbeiten könnten. Die Arbeitslosen wurden entlassen und die Christlichen vom Berliner Vieh- und Schlachthof beschäftigt, trotzdem dieselben in Berlin ihren vollen Wochenlohn erhalten.

Was sagt das Landesamt für Arbeitsbeschaffung und das Reichsamt für Arbeitsvermittelung zu dieser christlichen Taktik?

Der Streik in der Stickereibranche ist noch nicht beigelegt. Die Arbeitgeber haben zu ihrem ersten Angebot nur sehr geringe Lohnzugeständnisse gemacht, mit der Bedingung, daß die Streikenden innerhalb drei er Tage diese niedrigen Lohnerhöhungen als genügend annehmen, sonst würden sie gar nichts bekommen. Im Laufe des Oktober wollen die Arbeitgeber sich zu weiteren Tarifverhandlungen herbeilassen; ob aber dann die Löhne Geltung haben sollen, die der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses als recht und billig anerkannt hat, ist noch fraglich. Die Streikenden lehnten das Anerbieten der Arbeitgeber ab und beschlossen, einmütig im Kampfe auszuharren, und sollten die Arbeitgeber die jetzt bestehende Betriebssperre aufheben, so wollten sie nicht den Lockrufen der Chefs Folge leisten. — Also, Stickereiarbeiter, übt volle Solidarität, geschlossen und einmütig habt Ihr den Euch aufgezwungenen Kampf aufgenommen, wenn Ihr Eure bisher schlechte Lage nicht noch weiter verschlechtern wollt, dann kann es nur heißen: Geschlossen weiterkämpfen bis zum endgültigen Siege!

Buchdrucker. Bei der Wahl der vier Beisitzer zum Verbandsvorstand erhielten die Kollegen Barth, Brünner, Pötsch und Riesebeck die Mehrheit. Die Gewählten stehen auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit.

Arbeitsaufnahme in Hanau. Der Hanauer Generalstreik, an dem etwa 14 000 Arbeiter beteiligt waren, ist beendet. Die Arbeit wurde am Montagmorgen in allen Betrieben wieder aufgenommen. Maßregelungen dürfen nicht erfolgen. Eine Bezahlung der Streiktage findet nicht statt.

Streik der Harburger Hafenarbeiter.

Die Harburger Hafenarbeiter nahmen am Sonntag nachmittag zu dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stellung und beschlossen ihn abzulehnen und Montag in den Streik zu treten.

Alle Verhandlungen zur Beilegung des Streiks in der Hamburger Fischerei sind bisher gescheitert. Auf Veranlassung des Demobilmachungskommissars finden nochmals Verhandlungen statt.

Notleidende Beamte.

In einer unhaltbaren Lage befinden sich die Beamten der ehemaligen staatlichen Rüstungsbetriebe, soweit sie nicht auf Zivildienstvertrag in die jetzige Reichswerk A.-G. übernommen wurden. Man hat sie von oben herunter gänzlich im unklaren gelassen, zu welchen Bedingungen ihre Aufnahme erfolgen könnte, und sie haben deshalb zum großen Teil nicht auf ihre Beamteneigenschaft verzichtet. Nun erhalten sie, da ihre Besoldungsverhältnisse nicht geregelt sind, einstweilen Gehaltsvorschüsse, die in keiner Weise zum Leben ausreichen. Aus Erfurt wird uns berichtet, daß Verheiratete 800—900 M. monatlich erhalten, wovon noch der Steuerabzug gemacht wird. In kurzer Zeit stehen sie vor der Entlassung aus den Abwicklungsstellen, in denen sie einstweilen noch Beschäftigung finden. Dann sollen sie mit einem Wartegeld von etwa 400 M. monatlich leben. Ein Teuerungszuschlag dazu steht noch nicht fest. Man versucht die Leute nun als Beamte nach dem Osten zu schicken und versetzt wieder andere Beamte aus entfernten Bezirken in ihren derzeitigen Wohnort. Es wird allerhöchste Zeit, daß in diese ziel- und planlosen Beamtenverschiebungen Ordnung gebracht wird. Sie kosten dem Staat ein schweres Stück Geld und schaffen unter den also Hin- und Hergeschobenen steigende Erbitterung, weil sie sehen müssen, daß jede Dienststelle ohne Einvernehmen mit anderen arbeitet. Daß man, ehe irgendwo neue Beamtenstellen geschaffen werden, erst einmal jene Leute unterbringt, die bereits im vorgerückten Alter stehen und denen gegenüber das Reich Verpflichtungen hat, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Leider ist oft das Gegenteil zu beobachten, weshalb es angebracht erscheint, das Augenmerk der zuständigen Stellen auf diese Verhältnisse zu richten.

Rechtsverbindliche Tarifverträge. Der zwischen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortskartell Groß-Berlin, dem Bund der Technischen Angestellten und Beamten, Gau Brandenburg, dem Deutschen Werkmeisterverband, dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, der Tischlerinnung zu Berlin, der Freien Vereinigung der Holzindustriellen in Berlin und dem Verein der Fabrikanten für Ladeneinrichtungen und Kontormöbel am 10. März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten und die Werkmeister in der Holzindustrie ist für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin mit Wirkung vom 15. August ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarifverträge in Geltung sind.

Der zwischen dem Deutschen Werkmeisterverband, Geschäftsstelle des Bezirks X. in Berlin, und der Gesellschaft für Chirurgiemechanik in Berlin am 30. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag ist mit Wirkung vom 20. Juni d. Js. für das Gebiet Groß-Berlin für verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Betriebe der dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Firmen.

Der zwischen dem Zentralverband der Fleischer (Sektion Darm-, Häute- und Fettbranche) in Berlin und der Arbeitgeber-Vereinigung im Darmgewerbe Groß-Berlins abgeschlossene, vom 1. April 1920 ab gültige Tarifvertrag ist gleichfalls für die Orts- und Gemeindebezirke Groß-Berlins vom 1. April ab für allgemein verbindlich erklärt. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des ab 15. September 1919 gültigen Tarifvertrages nebst Nachtrages vom 20. Februar 1920 außer Kraft.

Holzarbeiterverband. Mittwoch, 15. September, abends 6½ Uhr, in Kliems Festsälen, Hasenheide 14/15, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom zweiten Quartal. 2. Wahl von drei Angestellten und Bestätigung der Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung. 3. Weiterberatung und Beschlußfassung über die Vorlage der Reorganisationskommission. 4. Anträge, die bis zum 1. September eingegangen sind.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppen 8 und 9 (Export und Import, Lederindustrie und Handel). 7. September, abends 5½ Uhr, Klubhaus, Ohmstr. 2. — Fachgruppe 17 I (Butter, Kolonialwaren, Delikatessen usw.). 7. September, abends 8 Uhr, Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Ortsverwaltung Berlin-Südwesten. Versammlung Donnerstag, den 9. September, um 7½ Uhr im Restaurant „Zur Bierglocke“ (Hallesches Tor). Referat: Wirtschaftskrise und die technischen Angestellten. (Ing. Schulz). Delegiertenwahl zum Gautag. Verschiedenes.

Betriebsräte der Lithographen und Steindrucker. Mittwoch, 8. September, nachmittags 5 Uhr, im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstr. 44, Sitzung. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Werkmeisterverband. Berlin 7. Dienstag, 7. Sept., abends 6½ Uhr, im Patzenhofer, Turm- Ecke Stromstraße, Monatsversammlung.

Gewerkschaftsunterkommission Tempelhof—Mariendorf—Marienfelde. Heute ½8 Uhr bei Becker, Tempelhof, Ringbahnstr. 6, wichtige Sitzung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Fortdauernd kühl, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten Regenschauern bei frischen Nordwestwinden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

50 Jahre

Fabrikationserfahrung, der Weltruf des Namens „Continental“ und die ausschließliche Verwendung bester Rohstoffe bürgen für die Güte des

Continental Pneumatik

Am Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater

Robert Hascheck

im vollendeten 72. Lebensjahre. Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an

Therese Hascheck geb. Reichel
Berlin-Rosenthal, 1. 9. 20.
[illegible]-Str. 36

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. September, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gemeinde-Friedhofs Rosenthal i. [illegible] statt.

Sozialdem. Wahlverein Niederbarnim. Bezirk Rosenthal.

Am Sonnabend, 4. Sept., verstarb nach langem, schwerem Leiden der Genosse

Robert Hascheck

im Alter von 72 Jahren

Ehre seinem Andenken!

Seine Ruhestätte findet er auf dem neuen Gemeinde-Friedhof in Rosenthal i. Die Beerdigungsfeierlichkeit findet am Mittwoch, 8. Sept., nachmittags 4½ Uhr, statt.

Deutscher Polierbund. Bezirksverein Gr.-Berlin.

Am 3. September verstarb unser lieber Kollege, der Maurerpolier

August Grahlow

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 8. September, nachmittags 2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Vorstand.
J. A.: Paul Grabl.

Homöopath [illegible] 1895. Neuere Erfolge, ohne Einspritz., ohne Berufsst. Sprechst. 10—1 u. 4—7, Sonnt. 10—1. Kries, Naturheilkund. i. Berlin Oberwasserstr. 41, T. Lichtb. Auskunft u. Broschüre gratis.

Spezialarzt

Dr. med. Loeben

für Haut-, Harn-, Frauenl., Schwäche. Heil. schnell, sicher, schmerzl., ohne Berufsst. Blut- u. Harnuntersuch. (Fäden i. Harn)

Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Sprechst. 10—1, 4½—7, Sonnt. 10—1.
[illegible]

Bezirksverband Groß-Berlin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Berlin NW. 40, In den Zelten 23.

Mitglieder-Versammlungen in Berlin

am Mittwoch, den 8. September, abends 7 Uhr.

1. Abt. Schulaula, Auguststr. 69.
2. Abt. Jugendheim, Lindenstr. 3. II. Hof links, 3 Treppen. Ref. Gen. Kabelitz.
3. u. 4. Abt. Nationalhof, Bülowstr. 37. „Das Parteiprogramm“. Ref. Gen. Barth.
5. u. 6. Abt. Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3. „Politische Lage und der Parteitag in Kassel“. Ref. Gen. Hellmann.
7. Abt. Pichlersäle, Blücherstr. 61. „Das neue Stadtparlament“. Ref. Gen. Dittmer.
8. Abt. Rabe, Fichtestr. 29. Abteilungsversammlung.
9. Abt. Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. „Der Parteitag“. Ref. Gen. Schmolinski.
10. Abt. Schulaula, Reichenberger, Ecke Forster Straße. „Sozialpolitische Gesetzgebung“. Ref. Gen. Peiss.
11. Abt. Priester, Cuvrystr. 11. Ref. Gen. Bruns.
12. Abt. Schulaula, Wrangelstr. 133.
13. Abt. Giesing, Wassertorstr. 33.
14. Abt. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5. „Religion und Kultur“. Ref. Gen. Schmuch.
15. Abt. Marinehof, Markusstr. 18. „Parteitag in Kassel“. Ref. Gen. Thoma.
16. Abt. Aula der II. Handwerkerschule, Andreasstr. 1.
17. Abt. Schulaula, Hohenlohestraße 10.
18. Abt. Schulaula, Litauer Str. 18. Ref. Gen. Böhm-Schuch.
19. Abt. Kühn, Schreinerstr. 63. „Militärverbrennung“. Ref. Gen. Wilbegans.
20. Abt. Schulaula, Eckertstr. 16. „Politische und wirtschaftliche Fragen“. Ref. Gen. Raabe.
22. Abt. Steffens, Landsberger Allee 151. Ref. Gen. Weise.
23. Abt. Aula der Königstädtischen Oberrealschule, Pasteurstr. 45/46. „Die politische Lage“. Ref. Gen. Siering.
24. Abt. Schulaula, Christburger Str. 14.
25. Abt. Schulaula, Elisabethstr. 58/59. „Steuerfragen“. Ref. Gen. Dr. Lohmann.
26. Abt. Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße 23/24. Ref. Gen. Dr. Steiner.
27. Abt. Schulaula, Zionskirchstr. 45. Ref. Gen. Pätzel.
28. Abt. Schulaula, Schönhauser Allee 166 a.
29. Abt. Schulaula, Danziger Str. 23. Ref. Gen. Klingler.
30. Abt. Schulaula, Pappelallee 41/42. „Neue Kriegsgefahr“. Ref. Gen. Klühs.
31. Abt. Schulaula, Schönfließer Straße 7. „Steuerfragen“. Ref. Gen. Matuschek.
32. Abt. Schulaula, Greifenhagener Str. 58/59. „Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung“. Ref. Gen. Dr. Schütte.
33. Abt. Schulaula, Graunstr. 11. Ref. Gen. Bendiner.
34. Abt. Schulaula, Bernauer Straße 59/90. Ref. Gen. Horlitz.
35. Abt. Krüger, Hussitenstr. 34. Ref. Gen. Wuschick.
36. Abt. Ahlers Festsäle, Liesenstr. 24.
38. Abt. Spreebörse, Kirchstr. 13. „Die Rohstoffversorgung der Welt“. Ref. Gen. Twardy.
39. Abt. Berger, Levetzow- Ecke Jagowstraße. „Erfurter Programm“. Ref. Gen. Heller.
40. Abt. Schmidt, Wiclefstr. 17.
41. Abt. Arminius-Festsäle, Bremer Str. 72. „Rußland und die deutschen Arbeiter“. Ref. Gen. Umlauf.
42. Abt. Schulaula, Tegeler Straße 20.
43. Abt. Meyer, Pankstr. 82. Ref. Gen. Brückner.
44. Abt. Schulaula, Pringenallee 8. Ref. Gen. Bahlke.
45. Abt. Hackepeter, Schwedenstr. 14/15.
46. Abt. Schulaula, Plantagenstraße 15/19. Ref. Gen. Fendel.
47. Abt. Schulaula, Lütticher Str. 47/48. Ref. Gen. Kreuziger.
48. Abt. Schulaula, Dreuer Str. 5/6. „Sozialdemokratie und Pazifismus“. Ref. Gen. Pastor Francke.

Schwerhörigen-Gruppe: Paul Reimer, Kommandantenstr. 46. Ref. Gen. Hennicke.

234/13

Am Donnerstag, den 9. Sept., abends 7 Uhr:

21. Abt. Elysium, Landsberger Allee 41. Ref. Gen. Knief.

Am Freitag, den 10. Sept., abends 7 Uhr:

37. Abt. Arnushof, Perleberger Str. 26. „Die internationale Lage“. Ref. Gen. Dr. Zechlin.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Stellungnahme zum Parteitag in Kassel und Wahl der Delegierten zum Bezirkstag.

Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Billige-Hosen

geschmackvoll gestreift, in Kammgarn und Cheviot.
Alle Größen sind vorrätig.

Hosen früher 125—140 jetzt M. 90
Hosen früher 225 . . . jetzt M. 150
Hosen früher 250 . . . jetzt M. 170
Hosen früher 325 . . . jetzt M. 230
Hosen früher 385—400 jetzt M. 290
Hosen früher 475 . . . jetzt M. 425

Gummimäntel Besonderer Gelegenheitskauf aus gutem modefarbenem Stoff . . . M. 425

Hüte · Hosenträger · Weiße und Woll-Unterkleidung sehr billig!

Nur eine Verkaufsstelle — Baer Sohn — Keine Filialen mehr

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

Am Mittwoch, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Max Streiter, Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 27:

Außerordentliche Ausschußsitzung

der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten.

Tages-Ordnung:

1. Ersatzwahl des Ausschußvorsitzenden.
2. Beschlußfassung über den Tarifvertrag und eventl. Aenderung der §§ 2, 16, 27 und 30 der Dienstordnung.
3. Verschiedenes.

Etwaige Anträge oder Beschwerden, bei denen Einsichtnahme in die Kassenakten erforderlich ist, sind bis spätestens den 13. September d. J. dem Vorstande schriftlich einzureichen. 148/10

Berlin-Mariendorf, den 4. September 1920.

Der Kassenvorstand.
Aug. Zeip, Vorsitzender.

Prof. Chajes zurück. 1484b

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.

Kassenlokal: Weichselstr. 8.

Die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten werden hiermit zu der

Außerordentlichen Ausschußsitzung

am Mittwoch, den 15. September 1920, abends 7 Uhr, im Kassenlokal, Jacobpassage Nr. 11, 2. Etage, eingeladen. 148/11

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Aenderung der Dienstordnung nach Maßgabe des zwischen dem Verbande der Angestellten und dem Verband der Krankenkassen abgeschlossenen Tarifvertrages.
2. Beschlußfassung über Aenderung der Satzung.
3. Verschiedenes.

Neukölln, den 6. Septbr. 1920.

Der Kassenvorstand.
M. Heinrich, Vorsitzender.

Die den Herren Vertretern zugesandte Einladung dient als Legitimation und ist beim Eintritt in das Versammlungslokal vorzuzeigen.

Anträge und Beschwerden, bei denen die Einsichtnahme in die Kassenakten erforderlich ist, sind drei Tage vorher dem Kassenvorstand bekanntzugeben.

Friedrich Stampfer:

Von Versailles zum Frieden

Der Weg vom Scheinfrieden zum wirklichen Frieden!

Stampfer beschränkt sich nicht allein auf die Kritik der in übersichtlicher Darstellung gebotenen Vertragsbedingungen, sondern er beweist die Möglichkeit, ohne neue Machtkämpfe und ohne eine allgemeine neue Friedenskonferenz durch Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen bisherigen Gegnern, durch Sonderabkommen und vernunftgemäße Auslegung und Ausführung des Vertrages einen für uns und die anderen Völker erträglichen Zustand zu schaffen. Eine französ. und engl. Ausgabe ist in Vorbereitung.

Preis 4 Mk. und 20% Teuerungszuschlag

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Zähne v. 4 M. an ■ Teilzahlung. ■ Kronen 18 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Wolf Potsdamer Str. 58, Hochb. Sprechz. 9-7.